

Eckerle, Tobias H. et al.

Research Report — Digitized Version

Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort: Zusammenfassung

ZEW-Dokumentation, No. 99-06

Provided in Cooperation with:

ZEW - Leibniz Centre for European Economic Research

Suggested Citation: Eckerle, Tobias H. et al. (1999) : Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort: Zusammenfassung, ZEW-Dokumentation, No. 99-06, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/39136>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort

– Kurzfassung –

Tobias H. Eckerle, Thomas Eckert, Jürgen Egel,
Margit Himmel, Annette Hügel, Thomas Kübler,
Vera Lessat, Stephan Vaterlaus, Stefan Weil

Dokumentation Nr. 99-06

367 056 194

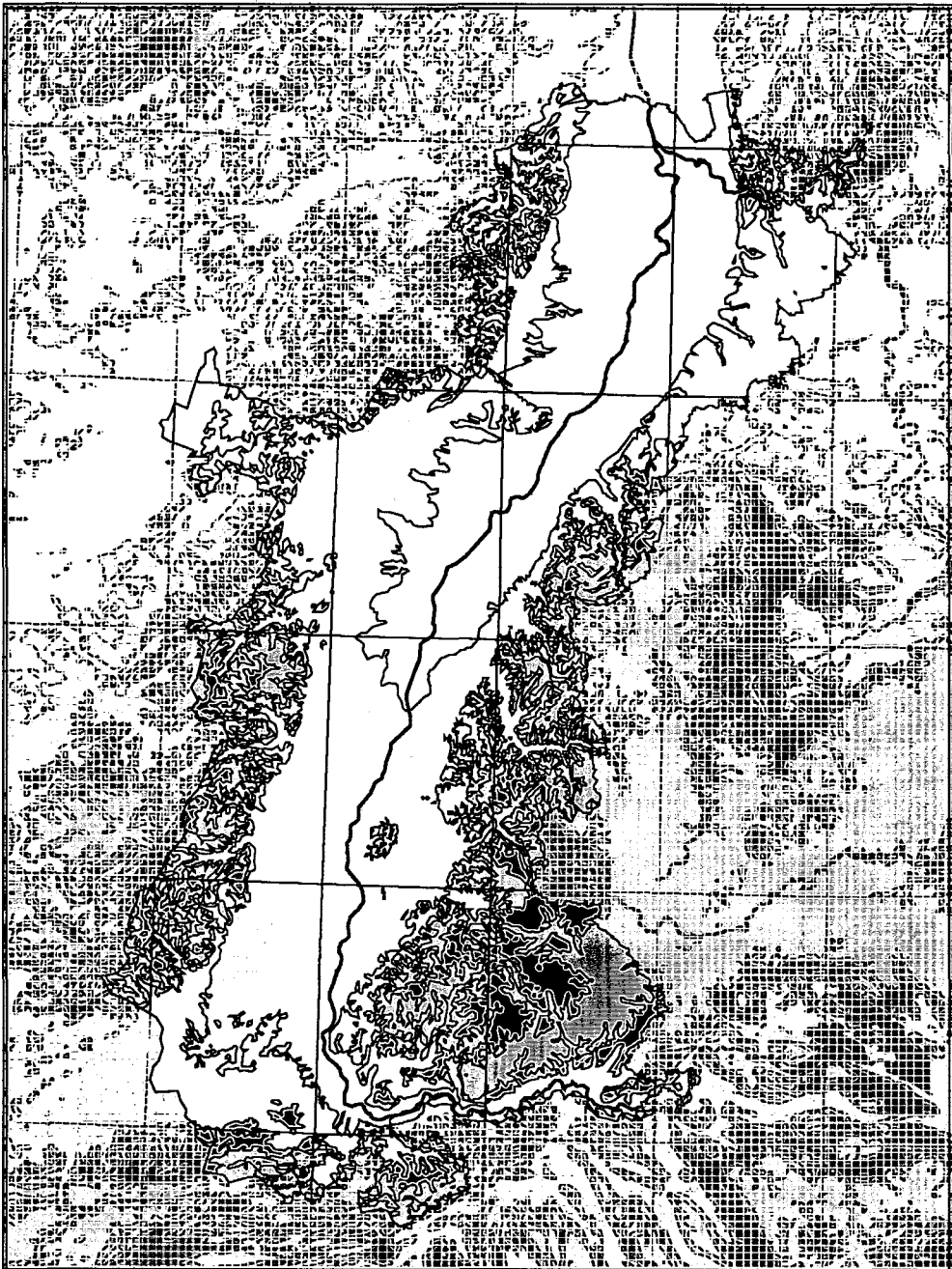
ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Centre for European
Economic Research

Struktur und Entwicklung des Oberrheingrabens als europäischer Wirtschaftsstandort

KURZFASSUNG



Institut für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) Tübingen
Konjunkturforschung Basel AG (BAK) Basel
Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim

Projektteam (Projektbearbeitung)

BAK Margit Himmel
 Thomas Kübler
 Dr. Stephan Vaterlaus
IAW Dr. Stefan Weil
ZEW Tobias H. Eckerle
 Thomas Eckert
 Jürgen Egel
 Annette Hügel
 Dr. Vera Lessat (Koordination)

Unter Mitarbeit von:

IAW Hans Jürgen Fieder
 Jörg Helbig
 Tosca S. Naggis
ZEW Almut Grein
 Christian Kirchner
 Stefan Schalk
 Daniela Schindler

Kontaktadresse

Jürgen Egel
Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung
Forschungsbereich Industrieökonomik und
Internationale Unternehmensführung
Postfach 10 34 43
D-68034 Mannheim
Tel: +49-0621-1235-176
Fax: +49-6221-1235-170
e-Mail: egeln@zew.de

Inhalt

1 VORBEMERKUNG	1
2 EINLEITUNG	1
3 DIE ERGEBNISSE FÜR DIE NATIONALEN TEILRÄUME	2
3.1 DER FRANZÖSISCHE TEILRAUM – DAS ELSAß	2
3.2 DER SCHWEIZERISCHE TEILRAUM – DIE BEIDEN BASLER HALBKANTONE.....	3
3.3 DEUTSCHER TEILRAUM	4
4 REGIONALE UND NATIONALE EINFLÜSSE	6
5 DIE OBERRHEINREGION ALS EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSSTANDORT	7
6 DIE ERGEBNISSE IM EINZELEN	9
6.1 VERKEHR	9
6.2 GENEHMIGUNGSVERFAHREN.....	10
6.3 STEUERN	11
6.4 BEVÖLKERUNG	12
6.5 ARBEITSMARKT	12
6.6 FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG	18
6.7 WACHSTUM UND PRODUKTIVITÄT	20
6.8 UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN	22

Abbildungen und Tabellen

ABBILDUNG 1: ABGRENZUNG DES UNTERSUCHUNGSGEBIETS OBERRHEINGRABEN UND SEINER TEILREGIONEN	1
ABBILDUNG 2: ARBEITSTEILUNG IM OBERRHEINGRABEN.....	8
ABBILDUNG 3: STEUERBELASTUNG IN DEUTSCHLAND, FRANKREICH UND DER SCHWEIZ BEI GEWINNTHESAUERUNG	11
ABBILDUNG 4: DIE ENTWICKLUNG DER ZAHL DER ELSÄSSISCHEN GRENZGÄNGER VON 1985 BIS 1995.....	14
ABBILDUNG 5: ARBEITSKOSTEN JE GELEISTETE ARBEITSSTUNDE IM VERARBEITENDEN GEWERBE (ARBEITER) 1988-1995	16
ABBILDUNG 6: FORSCHUNGSINTENSITÄTEN	19
ABBILDUNG 7: REALES BRUTTOINLANDSPRODUKT PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG 1995.....	21
ABBILDUNG 8: GRÜNDUNGEN PRO 1.000 ERWERBSTÄTIGE NACH REGIONEN (1993-1994)	23
TABELLE 1: GESAMTBESCHÄFTIGUNG IM OBERRHEINGRABEN IN AUSGEWÄHLTEN JAHREN	13
TABELLE 2: NIVEAU UND ENTWICKLUNG DER BRUTTOINLANDSPRODUKT PRO KOPF DER BEVÖLKERUNG VON 1990 BIS 1995	22

1 VORBEMERKUNG

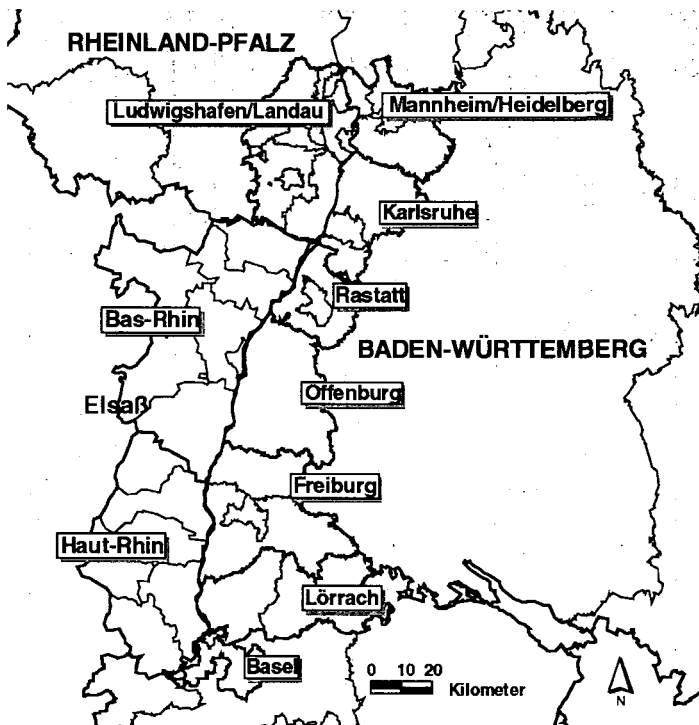
In dieser Arbeit wird die ökonomische Situation des Oberrheingrabens anhand der Themenbereiche Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Forschung und Entwicklung, Wachstum und Produktivität und Unternehmensgründungen analysiert. Zudem werden die wichtigsten infrastrukturellen Rahmenbedingungen, die Bevölkerungsentwicklung und Unterschiede in der Besteuerung und in den Genehmigungsverfahren innerhalb des trinationalen Oberrheingrabens dargestellt. Darauf aufbauend wird das Potential und die mögliche Rolle der Region als europäischer Wirtschaftsstandort diskutiert.

Die Untersuchung entstand in Zusammenarbeit zwischen dem Institut für angewandte Wirtschaftsforschung, IAW, in Tübingen, der Konjunkturforschung Basel AG, BAK, in Basel und dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, ZEW, in Mannheim. Dabei übernahm das IAW die Untersuchung der Bevölkerungsentwicklung, des Arbeitsmarktes, der Gewerbeflächen und des Wohnungsmarktes. Das BAK untersuchte das regionale Wachstum, die Produktivitätsentwicklung und die nationalen Genehmigungsverfahren. Die Kapitel über die Verkehrsinfrastruktur, die Besteuerung der Unternehmen, Forschung und Entwicklung und Unternehmensgründungen wurden vom ZEW erstellt. Die Schlußfolgerungen wurden gemeinsam von den drei Instituten erarbeitet.

2 EINLEITUNG

Bei dem Standort Oberrheingraben handelt es sich aus nationaler Sicht um den deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum, der bei einer europäischen Sicht in eine Zentrallage rückt. Der Oberrheingraben erstreckt sich in nord-südlicher Richtung von Wiesbaden/Mainz bis Basel über rund 300 Kilometer. Die Rhein-Main-Agglomeration wird in diese Untersuchung jedoch nicht einbezogen; der Untersuchungsraum beschränkt sich somit auf

Abbildung 1: Abgrenzung des Untersuchungsgebiets Oberrheingraben und seiner Teilregionen



Teilregionen aufbauend auf D: Kreisen, Arbeitsamtsbezirken; CH: Kantonen; F: Arrondissements, Départements.

das Gebiet zwischen Mannheim/Ludwigshafen und Basel mit einer Nord-Süd-Ausdehnung von ca. 250 Kilometern.

Der Untersuchungsraum umfaßt neben der oberrheinischen Tiefebene Teile des Pfälzer Waldes und der Vogesen im Westen, im Osten des Odenwaldes und des Schwarzwaldes, sowie die Anfänge des sich südlich anschließenden Schweizer Jura. Die innere Grobgliederung der Landschaftsräume des Oberrheingrabens sind die Rheinauen, die beidseitigen Niederterrassen und die anschließenden Randhügellagen.

Die Ausbreitung des Gebietes in ost-westlicher Richtung differiert von 50 Kilometern im Bereich Südliche Weinstraße/Karlsruhe bis zu rund 100 Kilometern zwischen Altkirch (Haut-Rhin) und Waldshut. Insgesamt weist die Region eine Fläche von knapp 21.000 km² auf, wobei der deutsche Teilraum etwas

weniger als die Hälfte dieser Fläche einnimmt. Auf den französischen Teilraum (Elsaß) entfallen 8.300 km² und auf die beiden schweizerischen Kantone ca. 470 km². Die größte der Teilregionen stellt das Département Bas-Rhin (ca. 4.800 km²) dar, gefolgt von Haut-Rhin, Ludwigshafen/Landau und Freiburg. Die kleinsten Teilregionen sind Basel und Rastatt. Die in diesem Gutachten vorgenommene Abgrenzung des Untersuchungsgebietes ergibt sich aus der Zugehörigkeit zu administrativen Einheiten (Kreise, Départements bzw. Kantone). Die Gebietsabgrenzung der Teilregionen innerhalb des Oberrheingebietes orientiert sich an den administrativen Einheiten, für die entsprechende Daten erhoben werden. Als kleinste Gebietseinheit (Teilregion) haben wir für den deutschen Teilraum Arbeitsamtsbezirke gewählt, wobei die Arbeitsamtsbezirke Ludwigshafen und Landau zu einer rheinland-pfälzischen Teilregion und Mannheim und Heidelberg ebenfalls zu einer Teilregion zusammengefaßt wurden. Der französische Teilraum, das Elsaß, wurde in die beiden Teilregionen der Départements Bas-Rhin und Haut-Rhin aufgegliedert, und der schweizerische Teilraum mit den beiden Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft bildet eine Teilregion.

Die Analyse erfolgt auf zwei grundsätzlichen Ebenen. Auf der einen Seite wird die Situation und Entwicklung innerhalb des Oberrheingrabens kleinräumig miteinander verglichen. Auf der anderen Seite werden die drei nationalen Teilräume miteinander und mit den Entwicklungen in Westdeutschland, Frankreich und der Schweiz vergleichend dargestellt. Ergänzend dazu wird auch der baden-württembergische Teilraum und Baden-Württemberg in die Untersuchung integriert. Die Untersuchung zu Wachstum und Produktivität umfaßt zudem den Vergleich mit den drei europäischen Vergleichsregionen Rhône-Alpes, Lombardei und Vorarlberg.

3 DIE ERGEBNISSE FÜR DIE NATIONALEN TEILRÄUME

3.1 Der französische Teilraum – das Elsaß

Der französische Teilraum des Oberrheingrabens kann als die Aufholregion während des Untersuchungszeitraums bezeichnet werden. Gemessen am Niveau des realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im Elsaß zwar geringer als im deutschen und im schweizerischen Teilraum, mit 1,7 Prozent p.a. lag die durchschnittliche Wachstumsrate aber weit über jenen in den beiden anderen nationalen Teilräumen des Oberrheingrabens. Auffällig ist darüber hinaus, daß das Elsaß die Periode von 1990 bis 1995 relativ unbeschadet überstanden hat. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung lag in der ersten Hälfte der 90er Jahre deutlich über den entsprechenden Raten im deutschen und schweizerischen Teilraum.

Dies hat eine Reihe von Ursachen: Das Elsaß hat die mit Abstand niedrigsten Arbeitskosten in der Untersuchungsregion, verbunden mit einer Qualifikation der Arbeitskräfte, die nach unseren Ergebnissen nicht auffallend geringer ist als in den anderen nationalen Teilräumen des Oberrheingebiets. Bei den Genehmigungsverfahren scheint das Elsaß auf den ersten Blick zwar wenig Vorteile zu bieten, da hier aber die Rekursverfahren keine aufschiebende Wirkung haben, ist mit einer erheblich höheren Planungssicherheit und auch einer schnelleren Durchführung der Genehmigungen insgesamt zu rechnen. Auch wenn Frankreich insgesamt nicht gerade zu den Ländern zählt, die die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen durch eine geringe Steuerbelastung fördern, sind die Steuervorteile, die in den Elsässer Fördergebieten gewährt werden, so deutlich, daß die gesamte Steuerbelastung hier im Vergleich unerreichbar niedrig erscheint. Schließlich hat das moderate Bevölkerungswachstum den Arbeitsmarkt entlastet und mit dafür gesorgt, daß das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf überproportional gewachsen ist.

Diese Rahmenbedingungen erweisen sich insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe als vorteilhaft. Hier waren es die beiden Branchen Chemie und Elektrotechnik, welche mit je 4,3 Prozent realen Wertschöpfungswachstum von 1985 bis 1995 am stärksten expan-

dierten. Während in der Elektrotechnik die Dynamik vor allem auf die zweite Hälfte der 80er Jahre zurückgeht, waren in der elsässischen Chemie die 90er die goldenen Jahre. Erfreulich ist darüber hinaus, daß beide Branchen ihre Arbeitsvolumen von 1985 bis 1995 ausdehnen konnten, die Elektrotechnik allerdings deutlicher als die Chemie. Entgegen dem allgemeinen Trend des Beschäftigungsabbaus stieg in diesen beiden elsässischen Industriebranchen nicht nur das Arbeitsvolumen sondern auch die Beschäftigung.

Zeitgleich hat sich in der Industrie die reale Stundenproduktivität mit 3 Prozent p.a. von 1985 bis 1995 und gar 3,3 Prozent p.a. seit 1990 deutlich stärker erhöht als im Tertiären Sektor (1,0 bzw. 0,7 Prozent p.a.). Umgekehrt hat sich aber das Arbeitsvolumen in der Industrie um 1,2 Prozent p.a. über die gesamten zehn Jahre und gar um 2,2 Prozent p.a. in der ersten Hälfte der 90er Jahre verringert. Die gesamthaft geleisteten Arbeitsstunden und auch die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung haben sich in beiden Betrachtungsperioden erhöht.

Im Vergleich mit den anderen Teilräumen ist zudem die Gründungsintensität im Verarbeitenden Gewerbe im Elsaß überdurchschnittlich. Die Industrie, die offensichtlich von den günstigen Rahmenbedingungen profitiert, ist aber trotz der Steueranreize wenig forschungsintensiv. Es ist zu befürchten, daß die positive Entwicklung im Elsaß in erster Linie durch den Aufbau reiner Produktionsstätten erreicht wurde, die eine geringe Standortbindung aufweisen und keine zentralen Unternehmensfunktionen integriert haben. Dies korrespondiert auch mit unserer Beobachtung, daß das Elsaß einen überdurchschnittlich hohen Anteil an arbeitslosen Führungskräften aufweist.

Im Tertiären Sektor des Elsaß zeigten sich enorme Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Branchen. Während die Banken und Versicherungen einen Wertschöpfungsrückgang über die gesamten 10 Jahre seit 1985 hinnehmen mußten, bildete die Branche Verkehr und Kommunikation mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum der realen Wertschöpfung um 5,7 Prozent das andere Extrem. Dieses imposante Wachstum in einer zukunftssträchtigen Branche verteilte sich relativ gleichmäßig auf eine Erhöhung des Arbeitsvolumens um durchschnittlich rund 2,5 Prozent p.a. und eine Erhöhung des Outputs pro geleisteter Arbeitsstunde um 3 Prozent p.a. Dies ist vor allem aufgrund der relativ schlechten Verkehrsinfrastruktur des Elsaß verwunderlich. Eventuell ist das hohe Wachstum aber auch ein Hinweis auf Aufholprozesse in diesem Bereich. Zudem bietet das Elsaß mit seiner geringen Bevölkerungsdichte ein Flächenpotential für Industrieansiedlungen, die gerade auf die Dienstleistungen der Verkehrs- und Kommunikationsbranche angewiesen sind.

3.2 Der schweizerische Teilraum – die beiden Basler Halbkantone

Der schweizerische Teilraum ist der „wohlhabendste“ Teilraum innerhalb des Oberrheingrabens mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung. Allerdings hat sich der Vorsprung der Basler Halbkantone gegenüber den beiden anderen nationalen Teilräumen seit 1985 verringert, da sich das durchschnittliche Wachstum von 1985 bis 1995 im schweizerischen Teilraum lediglich auf 1,1 Prozent p.a. belief, gegenüber 1,6 und 1,7 Prozent p.a. im deutschen bzw. im französischen Teilraum des Oberrheingrabens.

Im schweizerischen Teilraum ist in den frühen 90er Jahren praktisch das gleiche Anpassungsmuster zu verzeichnen wie im Elsaß. So stand insbesondere das Verarbeitende Gewerbe unter einem enormen Druck, die Produktionseffizienz zu steigern. Verbunden mit der weiter voranschreitenden Spezialisierung und einer extrem hohen Forschungsintensität in der chemisch-pharmazeutischen Industrie, der Basler Schlüsselbranche, führte dies zu einer Steigerung der Stundenproduktivität um durchschnittlich 5,7 Prozent p.a. von 1990 bis 1995. Die reale Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes im schweizerischen Teilraum erhöhte sich um durchschnittlich 3 Prozent p.a. seit 1985 und um 2,8 Prozent seit 1990. Welche Ausmaße die Fokussierung auf ausgewählte Spezialgebiete in der Basler Chemie annahm, läßt sich daran erahnen, daß die reale Stundenproduktivität in der ersten Hälfte der 90er Jahre hier um nicht weniger als 8,6 Prozent p.a. anstieg und die Wert-

schöpfung in derselben Periode um 4,4 Prozent p.a. zulegen konnte. Zwar reduzierte sich trotz der Wertschöpfungsexpansion das Arbeitsvolumen, allerdings vergleichsweise bescheiden um 0,9 Prozent p.a. von 1985 bis 1995.

Einen nicht ganz eindeutigen Eindruck vermitteln die Daten für den Tertiären Sektor im schweizerischen Teilraum des Oberrheingrabens. So springt das Nullwachstum von 1990 bis 1995 ins Auge, ebenso wie die rückläufige Stundenproduktivität und in der Folge die Ausdehnung des Arbeitsvolumens. Diese Ausdehnung des Arbeitsvolumens ging aber im schweizerischen Teilraum Anfang der 90er Jahre tatsächlich mit einer schrumpfenden Beschäftigung einher, während zeitgleich in allen anderen Teilregionen und übergeordneten Nationen die Beschäftigung im Tertiären Sektor ausgebaut wurde. Gerade im Falle des schweizerischen Teilraums liegt die Vermutung nahe, daß der Tertiäre Sektor stark durch die nationalstaatlichen Grenzen eines Nicht-EU-Staates beeinflusst wird. Einerseits wird der Markt beschnitten, indem der Ausdehnung nach Norden im wahrsten Sinne des Wortes Grenzen gesetzt sind, andererseits werden die Untermehmungen aber auch vom internationalen Wettbewerb abgeschottet. Welche Effekte überwiegen, ist sehr schwer abzuschätzen. Das Nullwachstum und die in der vorliegenden Studie nicht thematisierten Lohnstückkosten, welche in den schweizerischen binnenmarktorientierten Branchen¹ deutlich über den Werten für das Elsaß oder Baden-Württemberg liegen, deuten aber darauf hin, daß der Tertiäre Sektor vom Grenzschutz insofern profitiert, als er sich einer Strukturanpassung derzeit noch entziehen kann. Im Falle einer voranschreitenden europäischen Integration würde aber gerade dieser geschützte Bereich des schweizerischen Teilraums arg unter Anpassungsdruck geraten.

Damit erweist sich für die Schweiz die Nichtteilnahme an der EU als das wesentliche Standorthemmnis, was beispielsweise auch durch die im Vergleich zu Deutschland nachlassende Pendlerintensität zum Elsaß zum Ausdruck kommt, da die französisch-schweizerischen Grenzgänger nicht von den Freizügigkeitsregelungen der EU profitieren können. Dieser Standortnachteil wird in Zukunft sicherlich zunehmend ins Gewicht fallen. Ansonsten sind die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort der zwei Baseler Halbkantone als durchaus positiv zu bewerten. Sowohl bei den Genehmigungsverfahren und vor allem hinsichtlich der Steuerbelastung ist die Schweiz ein attraktiver Standort für Unternehmen, was sicherlich ein Grund für die positive Entwicklung des dortigen Verarbeitenden Gewerbes ist. Zudem ist die verkehrliche Anbindung Basels als gut zu bezeichnen. Da das Verarbeitende Gewerbe wesentlich eher auf Unterschiede in den Standortbedingungen reagiert, ist es auch nicht überraschend, daß der Tertiäre Sektor in den Baseler Halbkantonen sich vergleichsweise wenig dynamisch entwickelt hat.

3.3 Deutscher Teilraum

Der deutsche Teilraum weist eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung auf, die zwischen jener des schweizerischen und des französischen Teilraums des Oberrheingrabens liegt. Auch in der Dynamik plaziert sich der deutsche Teilraum in der Mitte, vor dem schweizerischen und hinter dem französischen. Allerdings hatte der deutsche Teilraum in der ersten Hälfte der 90er Jahre arg unter dem schlechten Konjunkturmilieu zu leiden und konnte sein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung lediglich noch um 0,3 Prozent p.a. steigern.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum, von 1985 bis 1995, hat sich das reale Bruttoinlandsprodukt im deutschen Teilraum jedoch um durchschnittlich 2,6 Prozent p.a. erhöht, stärker als in den beiden anderen nationalen Teilräumen des Oberrheingrabens. Aufgrund der Zunahme der Bevölkerung resultierte hieraus aber nur ein bescheidenes Pro-Kopf-Wachstum. Eine deutliche Zäsur ergab sich in der Trendbetrachtung zwischen der zweiten

¹ Vgl. hierzu BAK, Internationaler Benchmark Report 1998

Hälfte der 80er Jahre und der ersten Hälfte der 90er Jahre, nahm das gesamtwirtschaftliche Wachstum doch von 3,9 auf 1,2 Prozent p.a. ab.

Nachdem das Verarbeitende Gewerbe im deutschen Teilraum in der Periode von 1985 bis 1990 noch ein reales Wertschöpfungswachstum um jährlich 3 Prozent erzielen konnte und damit mit der Industrie im schweizerischen Teilraum Schritt halten konnte, machte sich von 1990 bis 1995 die deutsche Investitionsrezession stark bemerkbar. So mußte das Verarbeitende Gewerbe im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens von 1990 bis 1995 einen realen Wertschöpfungsrückgang um durchschnittlich 0,8 Prozent p.a. hinnehmen. Hierin spiegelt sich zum Teil der im Vergleich zu Frankreich oder der Schweiz unterschiedliche Konjunkturzyklus wider, aber auch strukturelle Probleme, gerade in den exportorientierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes. Begleitet wurde der Wertschöpfungsrückgang des Verarbeitenden Gewerbes in den frühen 90er Jahren durch eine Produktivitätssteigerung um knapp 3 Prozent p.a., die leicht unter dem Wert im französischen und deutlich unter jenem im schweizerischen Teilraum liegt. In der Folge sank die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe des deutschen Teilraums deutlich.

Maßgeblich verantwortlich für die unerfreuliche Entwicklung in der ersten Hälfte der 90er Jahre war im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens der Maschinen- und Fahrzeugbau, welcher mit einem Wertschöpfungsrückgang um 3,2 Prozent p.a. von der Konjunkturlaute und den strukturellen Problemen stark betroffen war. Umgekehrt konnte gerade Karlsruhe in der Elektrotechnik und in der chemischen Industrie imposante Wertschöpfungszuwächse in der ersten Hälfte der 90er Jahre um jeweils gut 3 Prozent p.a. realisieren.

Während der deutsche Teilraum des Oberrheingrabens in den frühen 90er Jahren eine veritable Industrierezession durchleiden mußte, zeigt sich das Wertschöpfungswachstum im Tertiären Sektor mit durchschnittlich 3,1 Prozent p.a. sehr erfreulich und übertrifft die Werte für die beiden anderen nationalen Teilräume Elsaß und Basel Stadt/Landschaft deutlich. Bereits die fünf Jahre zuvor waren im deutschen Südwesten mit einem Wertschöpfungswachstum um 5 Prozent p.a. überaus prosperierend, so daß von 1985 bis 1995 eine durchschnittliche Wertschöpfungserhöhung um 4 Prozent p.a. erzielt werden konnte. Gleichzeitig war auch die Gründungsintensität im Dienstleistungsbereich im deutschen Teilraum überdurchschnittlich. Im Gefolge dieser Entwicklung erhöhte sich auch das Arbeitsvolumen und die Beschäftigung im Tertiären Sektor im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens. Verglichen mit der recht starken Wertschöpfungsentwicklung fiel die Ausdehnung des Arbeitsvolumens mit 1,2 Prozent p.a. allerdings recht bescheiden und im Vergleich mit den beiden anderen nationalen Teilräumen unterdurchschnittlich aus. Deshalb konnte insgesamt der Tertiäre Sektor in der ersten Hälfte der 90er Jahre die Beschäftigungseinbußen des Verarbeitenden Gewerbes auch nicht mehr kompensieren.

Dieses eher gemischte Bild der ökonomischen Situation im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens geht einher mit durchaus differenziert zu beurteilenden Rahmenbedingungen. Die Untersuchung der Arbeitskosten, der Genehmigungsverfahren und der unternehmerischen Steuerbelastungen haben ergeben, daß Deutschland insgesamt und auch der deutsche Teilraum des Oberrheingrabens für die Unternehmen ein kostenintensiver Standort ist. Dafür bietet er aber vergleichsweise gute Infrastrukturbedingungen. Die Verkehrsinfrastruktur ist im deutschen Teilraum erheblich besser zu beurteilen als im Elsaß. Vor allem zeichnet sich der deutsche Teilraum durch eine hohe Dichte an öffentlicher Forschungsinfrastruktur aus, die zu einem großen Teil aus Universitäten besteht, die gleichzeitig auch hochqualifizierte Arbeitskräfte ausbilden. Die hohen und tendenziell steigenden Arbeitskostendifferentiale zwingen die Unternehmen jedoch zu Produktivitätssteigerungen, die häufig nur im Zusammenhang mit einem Beschäftigungsabbau realisiert werden können.

4 REGIONALE UND NATIONALE EINFLÜSSE

Bei diesem Blick auf die Untersuchungsregion fällt zunächst auf, daß alle drei Teilräume - verglichen mit den jeweiligen Mutterländern - einen überdurchschnittlich hohen Beschäftigtenanteil im Verarbeitenden Gewerbe haben und auch einen überdurchschnittlichen Wertschöpfungsanteil. Entsprechend dieser "Industriellastigkeit" der Region ist der Beschäftigtenanteil im Dienstleistungsbereich und der Wertschöpfungsanteil des tertiären Bereichs geringer als im Vergleich mit den jeweiligen Staaten. Die niedrige Dienstleistungsausrichtung der Oberrhein-Region fällt besonders in der relativ geringeren Bedeutung des Bereichs Banken und Versicherungen auf, die in allen drei Teilräumen im Vergleich zu den nationalen Durchschnitten existiert.

Trotz dieses immer noch überdurchschnittlich hohen Anteils des Verarbeitenden bzw. Produzierenden Gewerbes, in dem sich der größte Teil der Beschäftigungsverluste vollzog, haben alle drei nationalen Teilräume eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenquote im Vergleich zum jeweiligen nationalen Durchschnitt.

Die Intensitäten der Unternehmensneugründungen sind in allen drei Teilregionen niedriger als die der jeweiligen Staaten. Dies gilt nicht nur für die Gründungen insgesamt, sondern auch für das Gründungsgeschehen in allen Wirtschaftszweigen. Eine Ursache hierfür kann in der relativ zu den jeweiligen Staaten großen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes im Untersuchungsraum liegen. Aus einer Reihe von empirischen Untersuchungen ist bekannt, daß es für die Gründungszahlen um so förderlicher ist, je höher der Anteil der in kleinen Unternehmen Beschäftigten ist. Unternehmen und Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe haben durchschnittliche Beschäftigtenzahlen, die über denen der anderen Branchen liegen. Ein hoher Industrieanteil in einer Region geht somit mit relativ hohen durchschnittlichen Unternehmensgrößen einher, die wiederum das Gründungsgeschehen dämpfen. Ein solcher Zusammenhang kann für den Untersuchungsraum vermutet werden.

Bei einem Blick auf die Verläufe der Bevölkerungsentwicklung, der Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung, auf die zeitlichen Muster der Wachstumsraten und auf die zeitliche Entwicklung der Unternehmensgründungen lassen sich nur noch wenig homogene Tendenzen in der Region erkennen. Die Bevölkerungsentwicklung wird in allen drei nationalen Teilregionen von den jeweiligen nationalen Besonderheiten der Zuwanderungsregelungen determiniert. Das Bevölkerungswachstum in der Schweiz und in Basel ist beispielsweise wesentlich geringer im Vergleich zum deutschen Teilraum und Westdeutschland, die ein hohes Bevölkerungswachstum aufgrund der Zuwanderungen durch Aus- und Umsiedler zu verzeichnen hatten. Der zeitliche Verlauf des Gründungsgeschehens der 90er Jahren im deutschen Oberrheingebiet zeigt wiederum den Einfluß der deutschen Wiedervereinigung, den wir weder im Elsaß noch in Frankreich finden.

Anhand der Entwicklungen der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit lassen sich sehr deutlich die verschobenen Konjunkturverläufe zwischen Westdeutschland, Frankreich und der Schweiz ablesen. Die Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsentwicklungen in allen drei nationalen Teilregionen folgen jeweils den nationalen Konjunkturverläufen, eine eigene "Oberrheinkonjunktur" ist nicht zu erkennen.

Die Wachstumsraten der Wertschöpfungs- und Produktivitätsentwicklung spiegeln in den hier betrachteten mittelfristigen Zeiträumen nicht nur Konjunkturveränderungen wider, sondern auch den Einfluß unterschiedlicher regionaler Wirtschaftsstrukturen und unterschiedlicher angebotsseitiger Anpassungsmuster an veränderte Wettbewerbsbedingungen.

In den unterschiedlichen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der Jahre 1990 bis 1995 innerhalb der einzelnen nationalen Teilregionen erkennen wir wieder typische nationale Besonderheiten. Die Sonderrolle des deutschen Teilraums im Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, der als einziger Teilraum des Oberrheingebietes in der ersten Hälfte der 90er Jahre ein geringeres Wachstum als der jeweilige Staat aufweist, resultiert aus einer typisch deutschen Entwicklung. In Westdeutschland und im deutschen Oberrheingebiet

sank das Wertschöpfungswachstum im Verarbeitenden Gewerbe deutlich, und zwar im deutschen Teilraum weniger stark als in Westdeutschland. Aufgrund der hohen Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes im deutschen Oberrheingebiet (35,5 Prozent der Wertschöpfung verglichen mit 27,5 Prozent in Westdeutschland) hatte dieser negative Effekt hier jedoch eine stärkere Wirkung auf das BIP-Aggregat als in Westdeutschland, so daß die gesamte Wachstumsrate niedriger als in Westdeutschland war.

5 DIE OBERRHEINREGION ALS EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSSTANDORT

Bei der statischen Betrachtung einiger ökonomischer Strukturen sind im Untersuchungsgebiet Oberrheingraben Gemeinsamkeiten der einzelnen nationalen Teilräume festzustellen. Industrieorientierte Wirtschaftsstruktur, mäßige Gründungsintensitäten, zunehmende Orientierung in Richtung Dienstleistungen sind zwar allen Teilräumen gemeinsam, machen aber längst noch keinen einheitlichen Wirtschaftsraum Oberrheingraben aus.

Wendet man sich den Entwicklungen und Zeitverläufen der ökonomischen Variablen zu, wird offensichtlich, daß diese sehr stark von den jeweiligen nationalen Verläufen bestimmt werden. Von diesen unabhängige, oberrheinspezifische Entwicklungsmuster konnten nicht identifiziert werden. Die Entwicklung der Beschäftigung, gesamt und in einzelnen Sektoren, die Zeitpfade der Unternehmensneugründungen, aber auch die Bevölkerungsverläufe mögen als Beispiele dafür dienen. Ansätze einer einheitlichen, jenseits der nationalen Trends verlaufenden Entwicklung des Untersuchungsgebietes zu einer Region mit homogenen, grenzüberschreitenden Reaktionen auf globale Trends wurden in dieser quantitativen Analyse der wirtschaftlichen Situation des Oberrheingrabens nicht gefunden.

Bedeutenden Einfluß für dieses Ergebnis muß sicher den in den einzelnen nationalen Teilräumen doch sehr unterschiedlichen Infrastrukturaustattungen, administrativen Rahmenbedingungen und steuerlichen Gegebenheiten zugesprochen werden. Die diesbezüglichen Voraussetzungen in den einzelnen Teilräumen sind bei weitem noch zu heterogen, als daß sie die Unternehmen und Wirtschaftsakteure in ihren Anpassungsstrategien und Verhaltensweisen ignorieren könnten.

Dies, in Verbindung mit einem immer wichtiger werdenden Dienstleistungssektor - der aber trotz der langsam einsetzenden Internationalisierung dieses Bereichs in der Masse noch immer kleinräumig orientiert ist - begründet das "Zerfallen" des Standorts Oberrheingraben in seine drei Teilräume.

Aus Sicht der Verfasser erlauben es die Ergebnisse unserer Analyse aber dennoch, das Untersuchungsgebiet Oberrheingraben als **einen** Wirtschaftsstandort anzusehen, falls darunter nicht unbedingt eine einheitliche Struktur und Entwicklung und ein hohes Maß an Homogenität zwischen den Teilräumen und -regionen verstanden wird. Das sich aus dieser Untersuchung ergebende Bild des europäischen Wirtschaftsstandorts Oberrheingraben ist das eines geographisch eng verbundenen, hoch entwickelten Wirtschaftsraums in europäischer Zentrallage mit unterschiedlichen, **sich ergänzenden** Stärken und Vorteilen der einzelnen Teilräume. Eine Konstellation, bei der sich der Ansatz einer **Arbeitsteilung** zum Nutzen der Gesamtregion geradezu aufdrängt.

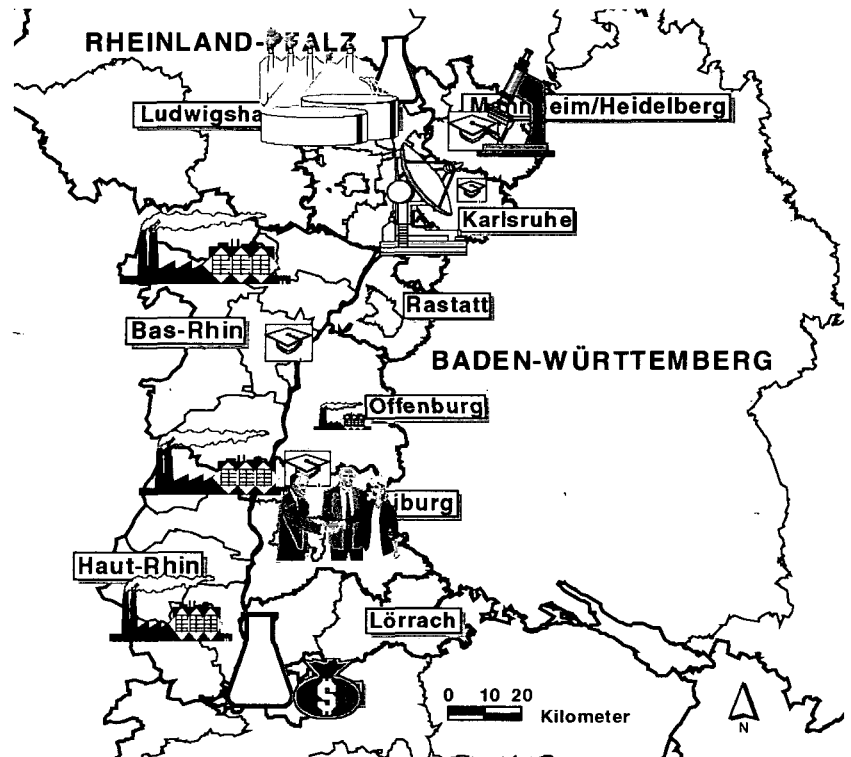
Welche Voraussetzungen für eine solches arbeitsteiliges Gesamtbild liegen vor:

- Der deutsche Teilraum ist stark industriell geprägt, hat eine solide industrielle Basis mit großen international operierenden Unternehmen, eine gut ausgebaute Forschung, sowohl privat als auch öffentlich. Er entwickelt sich zunehmend zu einem wettbewerbsfähigen Dienstleistungsstandort mit hohem Produktivitätswachstum und Wertschöpfungswachstum und hohen Gründungsintensitäten in diesem Bereich. Dieser Teilraum kann seine Rolle als Dienstleistungszentrum, als Standort für Forschung und Entwicklung, als Quelle des Technologietransfers von Ergebnissen öffentlicher Forschung hin zu anwen-

dungsorientierten Unternehmen weiter ausbauen und auch grenzüberschreitend wahrnehmen.

- Das Elsaß, der französische Teilraum des Untersuchungsgebietes, ist geprägt von einer kompetitiven Industrie mit hohem Wertschöpfungswachstum. Die relativ geringe Bevölkerungsdichte, verfügbare Flächen, niedrige Arbeitskosten und entsprechende administrative und steuerliche Vorteile prädestinieren diesen Teilraum als Standort für produzierende Betriebe und Unternehmen, die auf die räumliche Nähe zu für sie wichtigen Dienstleistern (rechts des Rheins) nicht verzichten können.

Abbildung 2: Arbeitsteilung im Oberrheingraben



Quelle: ZEW-Grafik

Die hohen Gründungsintensitäten im Verarbeitenden Gewerbe im Elsaß und das starke Wertschöpfungswachstum in etlichen Industriezweigen deuten bereits in diese Richtung. Diese komparativen Vorteile des Elsaß als Industriestandort werden auch zunehmend für Produktionsstätten deutscher und schweizerischer Unternehmen interessant werden, die nicht auf die direkte Nähe zu den zentralen Unternehmensfunktionen angewiesen sind, aber auch nicht so unabhängig sind, um in weit entfernten, kostengünstigen Standorten angesiedelt zu werden.

- Basel Stadt/Landschaft ist geprägt von einem hohen Dienstleistungsanteil, hoher industrieller Forschung und stellt den einzigen relevanten internationalen Finanzplatz im Untersuchungsgebiet dar. Hier liegt die wichtige Funktion, die dieser Teilraum, zumindest für den südlichen Bereich des Untersuchungsgebietes, einnehmen kann. Für den nördlichen Bereich wird das räumlich nähere Finanzzentrum Frankfurt am Main mit Sicherheit die wichtigere Rolle spielen.

Empirische Anzeichen, die in die Richtung eines arbeitsteiligen Standorts weisen, sind bereits auszumachen. Starke grenzüberschreitende Pendlerbeziehungen deuten bereits auf eine Funktionsteilung zwischen Wohnen und Arbeiten hin, die Muster der Gründungsintensitäten folgen den hier angedeuteten Funktionsverteilungen der Teilräume und der Forschungsschwerpunkt Molekularbiologie und Medizin hat erste Erfolge mit zwei auf Biotechnologie konzentrierten Regionen gezeigt.

Die Vorteile dieser Arbeitsteilung im Oberrheingraben können besser genutzt werden, wenn

- die jeweiligen administrativen Rahmenbedingungen entweder zunehmend vereinheitlicht werden, oder ihre jeweiligen Vorteile als Gesamtbild in der gesamten Region deutlich herausgestellt werden,
- die Akzeptanz dieser arbeitsteiligen Standortsicht sich durchsetzt - auch politisch,

- das Image und die Wahrnehmung der Region auf den Gesamttraum gerichtet wird, wobei die jeweiligen komplementären Vorteile der Teilräume klar benannt werden,
- die verkehrsmäßigen Ost-West-Verbindungen in der Region verbessert werden, und insbesondere
- die aus der Region herausführenden Ost-West-Verbindungen, die den Oberrheingraben mit anderen Regionen verbinden, deutlich verbessert werden.

Ausgehend von diesen allgemeinen Überlegungen ergeben sich für die einzelnen Bereiche der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik wirtschaftspolitische Möglichkeiten und Handlungsoptionen, die im folgenden aufgezeigt werden. Aus unserer Sicht stellen diese Handlungsoptionen teilweise Voraussetzungen für eine bessere arbeitsteilige Integration der Gesamtregion dar, teilweise sind die diskutierten Optionen aber auch als unterstützende Maßnahmen zu verstehen. Diese Handlungsoptionen für die Bereiche Verkehr, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung und Unternehmensgründungen sind eingebettet in die folgende, zusammenfassende Darstellung der Ergebnisse zu den einzelnen Teilaspekten unserer Studie.

6 DIE ERGEBNISSE IM EINZELNEN

6.1 Verkehr

Aufgrund ihrer zentraleuropäischen Lage und der günstigen topographischen Verhältnisse stellt die Oberrheinebene für Straße, Schiene und Schifffahrt eine der wichtigsten Verkehrsachsen dar, die den europäischen Norden mit dem europäischen Süden verbindet.

Die Verkehrswegedichte ist in der Untersuchungsregion jedoch sehr unterschiedlich. Auf deutscher Seite besteht im Norden ein dichtes Autobahn- und Eisenbahnnetz mit überregionaler Knotenfunktion, in Richtung Süden verläuft eine Hauptverkehrsachse rechts des Rheins. Auch der Raum Basel/Mulhouse nimmt eine weiträumige Knotenfunktion wahr. Durch die hohe Bevölkerungs- bzw. Arbeitsplatzdichte in den Agglomerationen und durch die Bündelung bei den Rheinquerungen verstärken sich die Verkehrsströme in diesen Räumen im Vergleich zu peripher gelegenen Bereichen. Linksrheinisch ist sowohl auf elsässischer wie rheinland-pfälzischer Seite die Hauptverkehrsachse nicht durchgängig ausgebaut.

Grundsätzlich ist die Situation hinsichtlich der Verkehrsinfrastruktur im Untersuchungsgebiet durchaus zufriedenstellend. Im einzelnen sind aber doch etliche Schwachstellen auszumachen, deren Beseitigung eine wichtige politische Aufgabe darstellt, um die arbeitsteilige Integration des Oberrheingebietes zu forcieren.

Im Hinblick auf den überregionalen Verkehr ist hier zu nennen:

- Linksrheinisch sollte die Unterbrechung der Autobahnen und anderer Fernstraßen beseitigt werden. Eine auf dieser Rheinseite laufende Autobahn ist zur Entlastung der stark frequentierten A5 dringend erforderlich. Sie sollte über die deutsch-französische Grenze hinaus auch die Zentren Mannheim/Ludwigshafen anbinden und eine durchgehende Verkehrsachse bilden.
- In Ost-West-Richtung sind die rheinüberquerenden Autobahnverbindungen zwischen Basel und Mulhouse und in der Rhein-Neckar-Region nicht ausreichend. Hier sollte mindestens eine weitere durchgehende Vernetzung der Autobahnen bei Strasbourg erfolgen. Diese Ost-West-Verbindungen müssen auch weiterführend entwickelt werden, sei es durch einen entsprechenden Ausbau der Verbindung Karlsruhe-Stuttgart, oder der B31 Freiburg/Höllental. Gleiches gilt für die erheblich verbesserungsbedürftigen Verbindungen über die Vogesen.

- Hinsichtlich des Schienenverkehrs sollten die Hochgeschwindigkeitsverbindungen gemäß dem TEN-Konzept alsbald grenzüberschreitend realisiert werden. Eine Trennung der Netze ist nicht wünschenswert.
- Auf die Verbindung Paris-Rhein-Neckar-Region-Frankfurt-Berlin sollte dabei ebensowenig verzichtet werden wie auf die Verbindung Paris-Strasbourg-Freiburg-Basel. Besonders die nördliche Route ist wegen der Verzweigung nach München von erheblicher ökonomischer Bedeutung.
- Die größten Defizite im Hochgeschwindigkeits-Schienen-Bereich bezogen auf das Untersuchungsgebiet bestehen im Elsaß.

Hinsichtlich des regionalen Verkehrs sind zum einen im Bereich des Individualverkehrs weitere Möglichkeiten zur Rheinüberquerung wünschenswert, da die bestehenden Möglichkeiten schon jetzt - und erst recht bei zunehmender Arbeitsteilung im Raum - zu Engpässen führen. Zum anderen sind für den ÖPNV weitere grenzüberschreitende Verkehrsverbünde mit einheitlichen einfachen Tarifen nötig, die insbesondere für Berufspendler Bedeutung haben. Gerade im öffentlichen Verkehr bestehen noch etliche Defizite:

- Das Elsaß ist hier im Vergleich zu den anderen Teilräumen deutlich unterentwickelt.
- Das wichtige Zentrum Strasbourg ist sehr schlecht an die anderen Zentren des Untersuchungsgebietes angebunden.
- Zwischen Freiburg und dem Elsaß existieren überhaupt keine Schienen-Direktverbindungen.
- Die Zentren im Norden des Oberrheingrabens sind zwar gut nach Süden und nach Basel angebunden, aber nur sehr unzulänglich in das Elsaß.

Generell sollte der Schienenverkehr so ausgerichtet sein, daß zwischen den wichtigen Zentren des Oberrheingrabens hinreichend viele Direktverbindungen bestehen. Schon aus diesem Grund ist ein eigenes überregionales Hochgeschwindigkeitsnetz nötig, da die bestehenden Schienenkapazitäten sonst nicht ausreichen.

6.2 Genehmigungsverfahren

Für die Unternehmungen spielen die materiellen und formalen Anforderungen, die an den Bau und den Betrieb von industriellen Anlagen geknüpft werden, eine immer wichtigere Rolle. Insbesondere die mit der Genehmigung verbundenen Informationspflichten sowie die Dauer der Bewilligungsverfahren können Standortentscheidungen beeinflussen.

Bei den materiellen Anforderungen sind die jeweiligen Unterschiede in den Ländern von nicht allzu großer Bedeutung. Bei der Dauer der Bewilligung können jedoch große Unterschiede ausgemacht werden. Die Differenzen liegen sowohl bei der Anzahl der gesetzlichen Fristen als auch bei der Dauer des Prüfverfahrens. Ebenso entscheidend sind die nach einer Entscheidung möglichen Rekursverfahren. Dabei ist besonders interessant, daß in Frankreich nach der Entscheidung mit dem Bau begonnen werden kann, wogegen in Deutschland und der Schweiz der Rekurs eine aufschiebende Wirkung hat.

Für die Gesamtdauer des Genehmigungsverfahrens sind in Deutschland mit zwischen 7 und 10 Monaten und in Frankreich mit zwischen 6 und 12 Monaten zu rechnen. In der Schweiz, wo deutlich weniger Fristen gesetzlich fixiert werden, zeigt ein Blick in die Praxis, daß bisher für die beiden Basler Kantone mit einer durchschnittlichen Prüfungsdauer der Umweltverträglichkeitsberichte von 7,2 Monaten gerechnet werden muß, wobei eine sehr große Varianz bei den bearbeiteten Projekten festzustellen war.

Zusammengenommen erweisen sich Genehmigungsverfahren in Deutschland und im deutschen Teilraum im Vergleich zu den zwei anderen nationalen Teilräumen und zu Frankreich

und der Schweiz aufgrund der relativ langen Dauer und der aufschiebenden Wirkung eines Rekursverfahrens für die Unternehmen als nachteilig.

6.3 Steuern

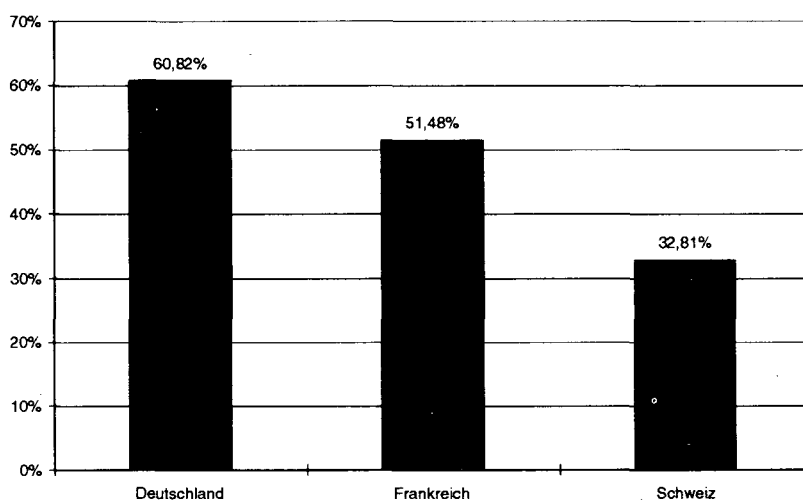
In dieser Untersuchung wurde die Steuerbelastung der Unternehmen in den drei nationalen Teilräumen miteinander verglichen. Die Ergebnisse können in Abhängigkeit des Unternehmenstyps stark voneinander abweichen. Betrachtet man eine Kapitalgesellschaft, die Selbstfinanzierung durch vollständige Gewinneinbehaltung betreibt (Thesaurierungsfall), dann ist die Steuerbelastung der schweizerischen Gesellschaft am geringsten und beträgt zugleich nahezu die Hälfte des Betrags des deutschen Unternehmens, das die höchste Steuerbelastung aufweist. Frankreich nimmt eine Mittelposition ein. Die Hauptursache für diese Belastungsreihenfolge ist in den hohen ertragsabhängigen Steuern in Deutschland zu sehen. Insbesondere der hohe Thesaurierungstarif, der bei der Körperschaftsteuer zur Anwendung kommt, wirkt hier nachteilig.

Der quantitative Steuerbelastungsvergleich zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz zeigt, daß in nahezu allen Fällen die Steuerbelastung in der Schweiz am geringsten ist. Im Thesaurierungsfall ist die deutsche Steuerbelastung am höchsten, im Ausschüttungsfall die französische. Diese Rangfolgen gelten auch unter Berücksichtigung der regionalen (sprich teilraum- bzw. teilregionenbezogenen) Besonderheiten

des jeweiligen Steuerrechts. Bezieht man dagegen steuerliche Investitionsförderungsmaßnahmen in Form von Steuerbefreiungen für ausgewählte Bereiche des Untersuchungsgebiets mit in die Betrachtung ein, dann sinkt die Steuerbelastung in einzelnen Teilregionen Frankreichs und der Schweiz sehr deutlich auf ein Niveau ab, das sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich unerreichbar gering ist. Es kann weiterhin festgehalten werden, daß die Besteuerung im Untersuchungsgebiet sehr heterogen ausgestaltet ist. Dies gilt sowohl für Anzahl, Art und Umfang der erhobenen Steuern als auch für die Erhebungskompetenzen der regionalen Gebietskörperschaften. Insoweit stellt sich der Oberrheingraben nicht als einheitlicher Unternehmensstandort dar.

Mit Blick auf die beträchtlichen Steuerentlastungen, die insbesondere junge und forschungsintensive Unternehmen in den Teilregionen Colmar und Basel-Landschaft genießen, kann davon ausgegangen werden, daß die regionalen steuerlichen Förderungsmaßnahmen einen erheblichen Einfluß auf die Standortwahl im Untersuchungsgebiet ausüben. Ein solcher Wettbewerb der Steuersysteme um Investitionen ist aus Wettbewerbsgesichtspunkten jedoch schädlich, denn er führt dazu, daß Investitionen und Investitionsstandorte im Untersuchungsgebiet nicht mehr nach ökonomischen Kriterien, sondern nach ihrer steuerlichen Vorteilhaftigkeit beurteilt werden. Auch im Kontext der Europäischen Union sind insbesondere die Steuerbefreiungen in zahlreichen französischen Teilregionen kritisch zu betrachten, da sie zu derartigen Wettbewerbsverzerrungen führen können, die den Grundprinzipien des Europäischen Binnenmarktes zuwider laufen.

Abbildung 3: Steuerbelastung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz bei Gewinnthesaurierung



6.4 Bevölkerung

Ende 1995 lebten im Oberrheingebiet etwa 6,3 Mio. Menschen, davon allein etwa zwei Drittel (rd. 4,1 Mio.) im deutschen Teilraum, etwa 1,7 Mio. (27 Prozent) im Elsaß und knapp 0,5 Mio. (7 Prozent) im schweizerischen Teilraum. Insgesamt wuchs die Bevölkerung im Untersuchungsgebiet seit Ende 1985 um rd. 9 Prozent. Die Bevölkerungsdichte stieg im Betrachtungszeitraum von durchschnittlich 280 Einwohner pro Quadratkilometer (EW/km²) auf 305 EW/km². Für alle Teilräume des Oberrheingrabens läßt sich feststellen, daß sowohl der Anteil der älteren als auch der jüngeren Personen an der Bevölkerung zunimmt, so daß der Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter tendenziell rückläufig ist. Darüber hinaus läßt sich feststellen, daß sich die Anteile der letztgenannten Altersklasse in den einzelnen Teilräumen - über den Untersuchungszeitraum betrachtet - einander angenähert haben.

Im Elsaß ist das Bevölkerungswachstum hinter dem des gesamten Oberrheingrabens zurückgeblieben. Das Elsaß ist im Vergleich zum gesamten Oberrheingebiet auch der am dünnsten besiedelte Teilraum (1995: 205 EW/km²). Im Vergleich zu den anderen beiden Teilräumen des Oberrheingrabens zeichnet sich das Elsaß jedoch durch relativ hohe Geburtenüberschüsse bei bis 1989 geringen oder gar negativen Wanderungssalden aus.

Der schweizerische Teilraum weist mit 6,5 Prozent ein ähnliches Bevölkerungswachstum wie das Elsaß auf und ist aber eindeutig der am dichtesten besiedelte Teilraum. Im Gegensatz zu Frankreich spielen in der Schweiz die natürlichen Bevölkerungsbewegungen eine eher untergeordnete Rolle. Die Wanderungssalden waren zu Beginn des Betrachtungszeitraums aufgrund einer restriktiven Zuwanderungspolitik niedrig, stiegen aber fast stetig an. Der Höchstwert von 62.000 Zuwanderern in den schweizerischen Teilraum wurde im Jahr 1991 erreicht. Anschließend ging der Wanderungssaldo wieder deutlich zurück.

Die Bevölkerung im deutschen Teilraum wuchs zwischen 1985 und 1995 um rd. 10 Prozent. Damit ist der deutsche Teilraum derjenige mit dem höchsten Bevölkerungswachstum. Die Bevölkerungsdichte erhöhte sich dabei von 325 auf 362 EW/km². Die starke Zunahme der Bevölkerung sowohl in Westdeutschland als auch im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens Ende der 80er Jahre ist fast ausschließlich auf Wanderungsbewegungen zurückzuführen. Eindeutig erkennbar ist der Sondereinfluß, der sich durch die Öffnung der Grenzen in Osteuropa und der innerdeutschen Grenze ergab.

6.5 Arbeitsmarkt

6.5.1 Beschäftigung

Die Beschäftigungsentwicklung verlief im Oberrheingrabens - ausgehend von stark unterschiedlichen Beschäftigungsniveaus - bis 1990 recht einheitlich. Während sich danach im Elsaß und im schweizerischen Teilraum die Rezession in der Entwicklung der Beschäftigung bemerkbar machte, profitierte die Beschäftigungsentwicklung im deutschen Teilraum wie auch in Westdeutschland von den Nachfrageeffekten im Zuge der Wiedervereinigung. Jedoch ließen diese nach 1992 stetig nach, so daß sich auch hier - verzögert - die Rezession in der Beschäftigungsentwicklung bemerkbar macht.

Im elsässischen und im baden-württembergischen Teilraum ist die Entwicklung jeweils deutlich günstiger als in Frankreich oder Baden-Württemberg. Dies ist vor allem auf das stärkere Wachstum bzw. den geringeren Rückgang der Beschäftigung in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums zurückzuführen. In der Schweiz ist das Verhältnis gerade umgekehrt. In Baden-Württemberg und der Schweiz ist dies auf die Branchenstruktur (geringerer bzw. höherer Anteil des Verarbeitenden Gewerbes) zurückzuführen. Im Elsaß ist der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zwar höher als in Frankreich, Wirtschaftsförderung und Arbeitskostengefälle (s.u.) dürften hier jedoch die konjunkturellen Einflüsse überkompensiert haben.

Im Verarbeitenden Gewerbe, das im Oberrheingebiet ein Wirtschaftszweig von überdurchschnittlicher Bedeutung ist, kam es seit 1985 in allen Teilräumen zu - z.T. erheblichen - Beschäftigungsverlusten. Mit rd. 7 Prozent im Elsaß, 13 Prozent im schweizerischen Teilraum und gut 5 Prozent im deutschen Teilraum fielen die Verluste jedoch - teilweise deutlich - niedriger als in den übergeordneten nationalen Räumen aus. Insgesamt wurden im Oberrheingebiet zwischen 1985 und 1995 fast 52.000 oder 6,4 Prozent der Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe abgebaut.

Bei den Schlüsselbranchen chemische Industrie, Maschinenbau, elektrotechnische Industrie und Fahrzeugbau war im wesentlichen die gleiche Entwicklung wie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt zu beobachten. Entgegen dem allgemeinen Trend kam es im Elsaß in der chemischen Industrie zu einem insgesamt beträchtlichen Wachstum der Beschäftigung von 34 Prozent, was insbesondere auf Verlagerungen von Arbeitsplätzen der Basler Chemie zurückzuführen ist. Ebenfalls positiv verlief die Beschäftigungsentwicklung im französischen Teilraum in der elektrotechnischen Industrie (+37 Prozent) und im Fahrzeugbau (+11,8 Prozent).

Der Tertiäre Sektor ist sowohl in den Teilräumen des Oberrheingrabens als auch in den jeweils übergeordneten nationalen Räumen der Sektor mit dem höchsten Beschäftigtenanteil. Durch einen insgesamt beachtlichen Beschäftigungszuwachs (+ 25 Prozent) hat sich der Sektoranteil an der Gesamtbeschäftigung deutlich - im Durchschnitt des Oberrheingrabens auf 56 Prozent - erhöht. Die dargestellten Entwicklungslinien der Beschäftigung im Tertiären

Tabelle 1: Gesamtbeschäftigung im Oberrheingrabens in ausgewählten Jahren

Regionale Analyse-einheit	Jahr			Wachstumsraten			
	1985	1991	1995	Ø 1985-1991*	Ø 1991-1995*	1995/1985	Ø 1985-1995*
Frankreich	12.700.772	13.728.234	13.737.209	1,3%	0,0%	8,2%	0,8%
Elsaß	417.809	462.654	468.999	1,7%	0,3%	12,3%	1,2%
Schweiz	3.577.989	4.009.729	3.778.699	1,9%	-1,5%	5,6%	0,5%
Basel-Stadt/-Landschaft	262.410	292.867	274.345	1,8%	-1,6%	4,5%	0,4%
Westdeutschland	20.378.397	23.173.439	22.597.349	2,2%	-0,6%	10,9%	1,0%
Deutscher Teilraum	1.323.677	1.498.735	1.458.982	2,1%	-0,7%	10,2%	1,0%
Baden-Württemberg	3.420.984	3.905.857	3.737.740	2,2%	-1,1%	9,3%	0,9%
Baden-württemb. Teilraum	1.070.527	1.212.752	1.185.707	2,1%	-0,6%	10,8%	1,0%
Bas-Rhin	251.064	280.391	285.083	1,9%	0,4%	13,5%	1,3%
Haut-Rhin	166.745	182.263	183.916	1,5%	0,2%	10,3%	1,0%
Basel-Stadt/-Landschaft	262.410	292.867	274.345	1,8%	-1,6%	4,5%	0,4%
Ludwigshafen/Landau	253.150	285.983	273.275	2,1%	-1,1%	7,9%	0,8%
Mannheim/Heidelberg	349.268	386.761	372.928	1,7%	-0,9%	6,8%	0,7%
Karlsruhe	236.664	267.462	262.836	2,1%	-0,4%	11,1%	1,1%
Rastatt	89.144	103.763	101.365	2,6%	-0,6%	13,7%	1,3%
Offenburg	123.923	144.752	142.779	2,6%	-0,3%	15,2%	1,4%
Freiburg	164.515	189.765	192.370	2,4%	0,3%	16,9%	1,6%
Lörrach	107.013	120.249	113.429	2,0%	-1,4%	6,0%	0,6%
Oberrheingrabens**	2.003.896	2.254.256	2.202.326	2,0%	-0,6%	9,9%	0,9%

Anmerkungen: Frankreich: Beschäftigte (*employés salariés*) am 31.12.; Schweiz: Beschäftigte am 30.9.; Deutschland: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.6. *Durchschnittliche Wachstumsrate pro Jahr. **Durch die Summierung unterschiedlich definierter und abgegrenzter Einheiten sind die Bestandszahlen in ihrer absoluten Höhe nicht sehr aussagekräftig. (Diese Anmerkungen gelten für die folgenden Tabellen entsprechend.)

Quellen: UNEDIC, Bundesamt für Statistik (Betriebs- und Landwirtschaftszählungen 1985, 1990, 1991, 1995, 1996), Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland; eigene Berechnungen.

Sektor sind auf allen Analyseebenen weitgehend einheitlich.

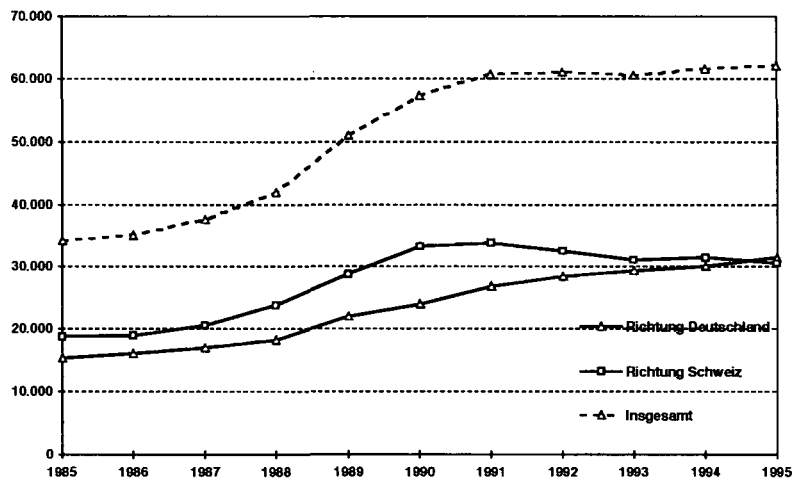
Trotz dieser insgesamt positiven Entwicklung ist zu vermuten, daß einige Dienstleistungsbe-
reiche (z.B. der Handel) einen Teil ihres Wachstumspotentials bereits ausgeschöpft haben.
In vielen Bereichen, insbesondere z.B. im Kredit- und Versicherungswesen dürften sich auf-
grund von Rationalisierungsmöglichkeiten in mittelfristiger Sicht sogar eher Beschäftigungs-
rückgänge vollziehen. Im Gegensatz dazu sind die modernen, z.T. auf Innovationen basie-
renden Dienstleistungen wie die Informatikdienste (Datenverarbeitung und Datenbanken)
sowie Forschung und Entwicklung zu sehen (Gesamtwachstum im Untersuchungszeitraum
von 160 bis 180 Prozent). Ähnlich starke Beschäftigungszuwächse verzeichnet der Bereich
der Unternehmensdienstleistungen. Ein weiterer Bereich mit hohem Wachstumspotential ist
das Gesundheits- und Sozialwesen. Hier ergaben sich im Elsaß Zuwächse von rd. 58 Pro-
zent, im Schweizer Teilraum von 33 Prozent und im deutschen Teilraum von rd. 44 Prozent.

6.5.2 Pendler

Für einen Teil der Beschäftigten im Oberrheingebiet fallen die nationalen Teilräumen, in den-
nen sie leben und arbeiten auseinander, d.h. sie pendeln täglich über eine nationalstaatli-
che Grenze. Der Pendlerstrom von Arbeitskräften aus dem Elsaß über die Landesgrenzen
in Richtung Deutschland und Schweiz besitzt eine lange Tradition im Oberrheingebiet. Seit
Mitte der achtziger Jahre sind die Pendlerströme stark angestiegen. Dabei pendeln die mei-
sten Elsässer in grenznahe Industrieregionen, vom Département Bas-Rhin in Richtung
Wörth und Karlsruhe und vom Département Haut-Rhin in Richtung Basel-Stadt. Die Pen-
dlerbewegung aus dem Haut-Rhin in Richtung Deutschland erreichte dagegen bei weitem
nicht das Ausmaß derjenigen aus dem Département Bas-Rhin, da auf der Höhe von Colmar
und Mulhouse keinerlei bedeutsame Industrieansiedlung in Baden-Württemberg existiert.

Im Jahr 1995 pendelten vom Elsaß erstmals mehr Arbeitskräfte nach Deutschland als in die Schweiz. Die Anzahl der elsässischen Grenzgänger hat sich dabei zwischen 1983 und 1995 verdoppelt. Ein wichtiger Bestimmungsgrund für die große Zahl elsässischer Grenzpendler sind die Lohn- und Gehaltsunterschiede, die zwischen Frankreich und Deutschland sowie zwischen Frankreich und der Schweiz bestehen. Darüber hinaus haben

Abbildung 4: Die Entwicklung der Zahl der elsässischen Grenzgänger von 1985 bis 1995



Quelle: DRASS - DRTEFP Alsace

aber auch gute Arbeitsbedingungen und Verkehrswege dazu beigetragen, die Arbeit im Ausland zu begünstigen. Die Pendlerströme aus dem deutschen Teilraum nach Frankreich und in die Schweiz sowie aus den Schweizer Oberrheinkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft sind hingegen vernachlässigbar. Daran hat sich seit 1987 nichts wesentliches verändert. Dennoch sind die grenzüberschreitenden Pendlerbewegungen zwischen Deutschland und der Schweiz überwiegend von Nord nach Süd gerichtet.

6.5.3 Arbeitslosigkeit

Die insgesamt positive Beschäftigungsentwicklung im Oberrheingebiet konnte nicht verhindern, daß die Zahl der Arbeitslosen von 1985 bis 1995 - unterbrochen von einem Rückgang in der ersten Hälfte des Untersuchungszeitraums - von rd. 171.000 auf 209.000 Personen (+22 Prozent) angestiegen ist.

Am günstigsten war die Entwicklung im Elsaß. Hier nahm die Arbeitslosigkeit im Untersuchungszeitraum von etwa 62.000 auf 65.000 Personen nur geringfügig zu, während die Arbeitslosenquote gleichzeitig von 8,6 auf 7,1 Prozent sank. Dagegen hat sich im schweizerischen Teilraum sowohl die Arbeitslosenquote als auch die Zahl der Arbeitslosen zwischen 1985 und 1990 mehr als verdoppelt - ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau von 2 Prozent bzw. rd. 4.300 Arbeitslosen auf 4,5 Prozent bzw. knapp 10.700 Arbeitslose. Im deutschen Teilraum nahm die Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent (105.000 Arbeitslose) auf 8,2 Prozent (134.000 Arbeitslose) zu.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im gesamten Untersuchungszeitraum ist vor allem auf die Krise des Verarbeitenden Gewerbes im Zuge des konjunkturellen Abschwungs in den 90er Jahren, aber auch auf die Bevölkerungsentwicklung und das Erwerbsverhalten der Bevölkerung zurückzuführen. Davon war in der ersten Hälfte der 90er Jahre der deutsche Teilraum besonders betroffen, so daß die Arbeitslosenquote hier 1995 am höchsten war. Der Tertiäre Sektor war insgesamt nicht in der Lage, die Beschäftigungsverluste des Sekundären Sektors und das zusätzliche Arbeitsangebot zu absorbieren.

Gleichzeitig ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen in allen Teilräumen des Oberrheingebiets gestiegen: War im Jahr 1985 durchschnittlich etwa ein Viertel der Arbeitslosen mindestens ein Jahr arbeitslos, waren es 1995 bereits fast 30 Prozent. Dagegen konnte die Jugendarbeitslosigkeit im Oberrheingebiet kontinuierlich reduziert werden. Der Anteil der jungen Arbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen hat sich zwischen 1985 und 1995 von rd. 27 Prozent auf rd. 13 Prozent mehr als halbiert.

6.5.4 Qualifikation

Bei den Beschäftigten haben die akademischen Abschlüsse sowohl in Frankreich, in der Schweiz als auch in Deutschland anteilmäßig deutlich zugenommen. Dies ist ein Hinweis darauf, daß sich im Untersuchungsgebiet die Qualifikationsstruktur zugunsten der höheren Berufsabschlüsse verschoben hat.

Die Daten deuten insgesamt darauf hin, daß in allen drei Ländern Anstrengungen in Richtung einer Anhebung des Qualifikationsniveaus unternommen worden sind. Ein direkter Vergleich zwischen den Ländern ist jedoch nicht möglich, da die Schul- und Berufsbildungssysteme zu unterschiedlich strukturiert sind.

Es zeigte sich jedoch, daß auch im Untersuchungsgebiet qualifizierte Fachkräfte zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Einzig eine akademische Qualifikation scheint weiterhin das Risiko der Arbeitslosigkeit gering zu halten. Der Anteil der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung hat sich in der Schweiz und im deutschen Teilraum nur unwesentlich verändert und liegt immer noch deutlich unter 10 Prozent. Lediglich im Elsaß hat sich der Anteil der arbeitslosen Führungskräfte signifikant erhöht, was hier auf eine erhöhte Arbeitslosigkeit von Akademikern schließen läßt.

Der Anteil der Arbeitslosen ohne Qualifikation ist im Untersuchungsgebiet zwar nach wie vor sehr hoch, er geht jedoch tendenziell zurück. Der größte Teil der Arbeitslosen im Oberrheingebiet verfügt mittlerweile über eine abgeschlossene Berufsausbildung.

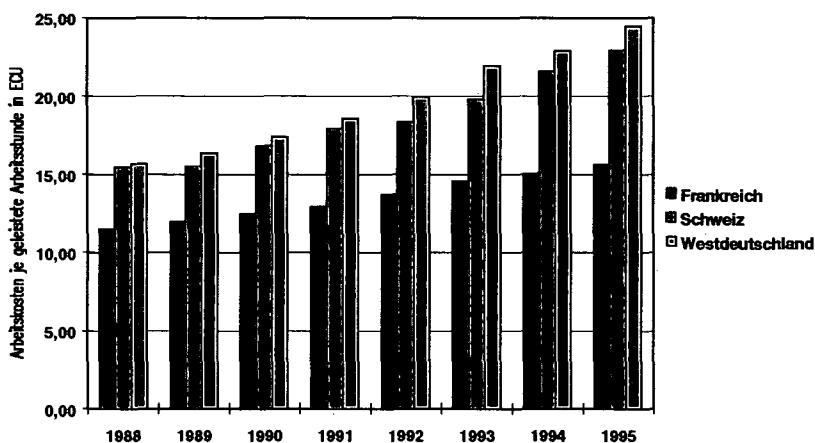
6.5.5 Arbeitskosten

Die Arbeitskosten sind in allen betrachteten Wirtschaftszweigen bzw. Branchen im Untersuchungszeitraum deutlich gestiegen. Zeitliche Entwicklungen können aufgrund der Datelage trinational vergleichend jedoch nur für das Verarbeitende Gewerbe und für Westdeutschland über den Zeitraum von 1988 bis 1995 nachgezeichnet werden. Im Verarbeitenden Gewerbe ergaben sich Wachstumsraten in Frankreich von 36 Prozent, in der Schweiz von 48 Prozent und in Westdeutschland von 56 Prozent.

Die Unterschiede im Niveau der Arbeitskosten (Arbeitskostendifferentiale) sind zwischen Westdeutschland und Frankreich erheblich. Sie lagen im Untersuchungszeitraum bei Werten von über einem Drittel (z.B. im Verarbeitenden Gewerbe). Aber auch zwischen Westdeutschland und der Schweiz ergab sich noch ein deutliches Gefälle. Hier ergab sich im Wirtschaftszweig Energie- und Wasserversorgung ein Differential von fast 25 Prozent.

Mit Blick auf die Teilräume des Oberrheingrabens ist festzustellen, daß (zumindest 1988) das Niveau der Arbeitskosten in der französischen Region Est teilweise noch deutlich unter dem französischen Durchschnitt lagen. Zum Teil lagen gleichzeitig die Arbeitskosten in Baden-Württemberg und/oder Rheinland-Pfalz über dem Durchschnitt in Westdeutschland, so daß sich in Grenznähe ein noch deutlich höheres Gefälle ergab als auf nationaler Ebene. So bestand im Jahr 1988 beispielsweise in der elektrotechnischen Industrie auf nationaler Ebene ein Differential von 14 Prozent, während sich zwischen Baden-Württemberg und der Region Est ein Gefälle in Höhe von 31 Prozent ergab. Ähnliche Unterschiede existierten 1992 gegenüber der Schweiz in der chemischen Industrie. Während sich auf nationaler Ebene ein Differential in Höhe von 14 Prozent ergab, lagen die Arbeitskosten in Baden-Württemberg um etwa 27 Prozent höher als in der Schweiz.

Abbildung 5: Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Verarbeitenden Gewerbe (Arbeiter) 1988-1995



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft.

Die Ergebnisse weisen darauf hin, daß sich die Arbeitskosten nicht - auch nicht in Grenznähe - angeglichen haben. Die Differentiale haben sich vielmehr verfestigt oder sind sogar angestiegen. Die Mobilität des Faktors Arbeit scheint demnach noch nicht auszureichen, um im Oberrheingraben einen einheitlichen Arbeitsmarkt mit ähnlichen Arbeitskosten zu initiieren. Voraussetzung hierfür wäre ein Abbau der strukturellen Hemmnisse auf den nationalen Arbeitsmärkten, insbesondere hinsichtlich der Lohnfindung. Andererseits ergibt sich in der gegenwärtigen Situation vor allem für das Elsaß - im Gegensatz zu den Standorten im deutschen Teilraum - durch das Arbeitskostenniveau ein deutlicher Standortvorteil.

6.5.6 Handlungsoptionen

Auf der Grundlage der Analyse des Arbeitsmarktes im Oberrheingraben lassen sich sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen für die Zunahme der Arbeitslosigkeit identifizieren, die sich zudem wechselseitig beeinflussen. Hieraus ergeben sich - mit Blick auf eine

Verbesserung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt - unterschiedliche Ansatzpunkte für die politischen Handlungsträger.

- Im Rahmen einer Umschichtung in den öffentlichen Haushalten von konsumtiven hin zu investiven Ausgaben könnte eine Erhöhung der in den letzten Jahren rückläufigen öffentlichen (Infrastruktur-) Investitionen dazu beitragen, die Baukonjunktur zu beleben und gleichzeitig die Standortqualität zu verbessern.
- Eine Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten, die in den letzten Jahren maßgeblich zur Erhöhung der deutschen Arbeitskosten beigetragen haben, scheint dringend geboten. In bezug auf die Arbeitskosten ist natürlich auch die Lohnpolitik angesprochen. Diese sollte ihren moderaten Kurs bezüglich der Tariflohnabschlüsse in den kommenden Jahren fortführen und die flexiblere Gestaltung des Flächentarifvertrags voranbringen.
- Auf der regionalen Ebene kann eine unzureichende Ausstattung mit öffentlicher Infrastruktur ein Hemmnis für private Investitionen und die Ansiedlung von Betrieben darstellen. Regionalpolitische Maßnahmen sollten diesbezüglich aber nicht auf eine flächendeckende und gleichmäßige Ausstattung gerichtet sein, sondern darauf, die Infrastruktur nach regional und örtlich spezifischen Anforderungen auszubauen und vorrangig Engpässe - etwa im Verkehrswesen (siehe oben) - zu beseitigen.
- Weiterhin kann eine effizienzorientierte Reform des öffentlichen Dienstes, insbesondere die Einführung "Neuer Steuerungsmodelle", die in einigen Kommunalverwaltungen (z.B. in Karlsruhe) bereits relativ weit fortgeschritten ist, den Arbeitsmarkt stimulieren. Des Weiteren kann die Zusammenarbeit der staatlichen Genehmigungsbehörden mit Kommunen und Wirtschaftsorganisationen zur Beschleunigung und pragmatischen Abwicklung von Verfahren der Bauleitplanung und behördlicher Genehmigungsverfahren beitragen.
- In regionaler und lokaler Sicht dürfte für die Beschäftigungsentwicklung außerdem entscheidend sein, inwieweit es durch Bemühungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, z.B. durch eine ausreichende Ausweisung von Gewerbeflächen (Defizite sind diesbezüglich in den Regionen Offenburg, Freiburg und Lörrach zu verzeichnen) und ein entsprechendes "Standortmarketing" gelingt, Neuansiedlungen von Unternehmen oder Betrieben zu bewirken. Hier scheint es vor allem im Elsaß positive Ansätze zu geben.

Neben der nachfrageorientierten Wachstumspolitik stellt die angebotsorientierte Arbeitsmarktpolitik einen zweiten wichtige Ansatzpunkt zur Beschäftigungserhöhung dar. Zur Förderung der beruflichen bzw. sektoralen Mobilität gilt es zwischen Abweichungen angebotener und nachgefragter Qualifikation der Arbeitskräfte zu differenzieren. Im Oberrheingebiet offenbaren sich derartige Profildiskrepanzen zum einen in der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitskräften im Dienstleistungssektor und gleichzeitigem Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe (horizontaler mismatch), zum anderen in einem tendenziell steigenden Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und einem immer noch hohen Angebot an nicht qualifizierter Arbeit (vertikaler mismatch).

- Zum Abbau dieser Diskrepanzen können entsprechende Weiterbildungs- und Umschulungsmaßnahmen beitragen. In Anbetracht knapper öffentlicher Mittel sollten diese Maßnahmen möglichst präventiv eingesetzt werden und einen präzisen Zuschnitt aufweisen. Letzteres erfordert u.a. die Einbeziehung von regionalen Spezifika (Regionalisierung) und die Erweiterung der Kompetenz der Akteure vor Ort (Dezentralisierung).

Da nicht alle Arbeitslose einer Weiterqualifizierung zugeführt werden können, sind zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auch Maßnahmen der öffentlichen geförderten Beschäftigung notwendig (Stichwort: zweiter Arbeitsmarkt). Angesichts der deutlichen Zunahme des Anteils der Langzeitarbeitslosen in jüngster Zeit und dem noch immer hohen Anteil von Arbeitslosen ohne Berufsausbildung im Oberrheingebiet sollte insbesondere der Wiedereingliederung dieses Personenkreises in den (ersten) Arbeitsmarkt eine hohe Priorität eingeräumt werden.

- Über die Einrichtung von Beschäftigungsgesellschaften und das traditionelle Instrumentarium der Hilfe zur Arbeit (§ 18 ff. BSHG) hinaus sollten auch innovative Konzepte in Erwägung gezogen werden. Hierzu gehört insbesondere das sogenannte "Einstiegs geld" für langzeitarbeitslose Sozialhilfeempfänger, das in einigen Kommunen in Baden-Württemberg, darunter auch Städte des Oberrheingrabens, in eine erste Versuchsphase treten soll. Wie der von den Arbeitgebern vorgeschlagene "Kombilohn" kann das Einstiegs geld dazu beitragen, das bislang ungenutzte Potential von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte in Dienstleistungssektor zu erschließen und entlastet dabei - im Gegensatz zum "Kombilohn" - die öffentlichen Haushalte.

6.6 Forschung und Entwicklung

Die drei nationalen Teilräume sind jeweils sehr unterschiedlich mit öffentlicher Forschungsinfrastruktur ausgestattet und auch die Forschungsintensität der Industrie variiert zwischen den drei Teilräumen stark. Auf der anderen Seite finden sich aber auch gemeinsame Tendenzen.

Während der deutsche und schweizerische Teilraum eine insgesamt hohe Forschungsintensität aufweisen - innerhalb der Region wie auch zum jeweiligen nationalen Durchschnitt -, wird im Elsaß trotz des Universitätszentrums Strasbourg relativ wenig geforscht.

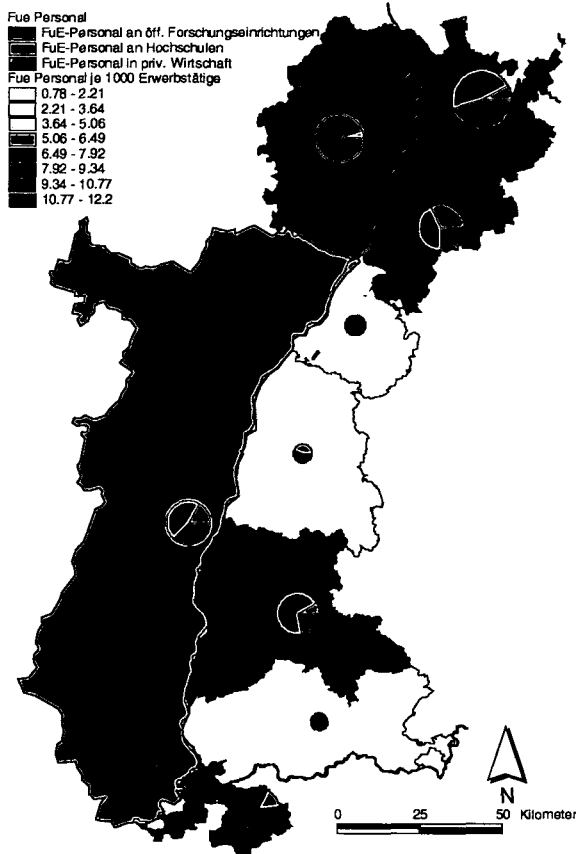
Im schweizerischen Teilraum ist vor allem die industrielle Forschung hoch. Sie wird fast ausschließlich in den Unternehmen der chemischen Industrie durchgeführt bzw. in privaten Forschungseinrichtungen der großen Chemieunternehmen. Die öffentliche Forschungsinfrastruktur ist in Basel-Stadt/Landschaft dagegen eher unbedeutend; die Universität Basel ist eine kleine Universität, und bekannte öffentliche Forschungseinrichtungen existieren in den beiden Baseler Kantonen nicht.

Das Gegenteil gilt für das Elsaß. Die hier ansässige Industrie ist gering forschungsintensiv. Ihre FuE-Intensitäten sind nur halb so hoch wie die der gesamten französischen Industrie oder der Industrie im deutschen Teilraum des Oberrheingrabens. Dagegen ist die Ausstattung mit öffentlichen Forschern, dank des Universitätszentrums Strasbourg in Relation zu allen Erwerbstätigen mit Westdeutschland und Baden-Württemberg vergleichbar.

Im Gegensatz zu diesen regionalen Spezialisierungen auf private Forschung in der schweizerischen Teilregion einerseits und öffentlicher Forschung im Elsaß andererseits zeichnet sich das deutsche Oberrheingebiet durch ein hohes Niveau sowohl an öffentlicher als auch privater Forschung aus. In beiden Bereichen sind die Forschungsintensitäten im deutschen Teilraum deutlich höher als der westdeutsche und der baden-württembergische Durchschnittswert. Der baden-württembergische Teilraum ragt jedoch nur bei der Ausstattung mit öffentlichen Forschungseinrichtungen im Untersuchungsgebiet heraus, die überdurchschnittliche industrielle Forschung des deutschen Teilraums ergibt sich in erster Linie aus der forschungsintensiven chemischen Industrie in der rheinland-pfälzischen Teilregion.

Es lassen sich jedoch jenseits der nationalen Besonderheiten grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten in der Forschungslandschaft erkennen, die eventuell ein Potential für ein stärkeres Zusammenwachsen der Region durch Forschungsk Kooperationen im öffentlichen und privaten Bereich darstellen. Dies sind im Bereich der privaten Wirtschaft zum einen die beiden großen Chemiestandorte im Norden und Süden des Untersuchungsgebietes, die die mit Abstand größten Zentren privater FuE darstellen.

Zum anderen existiert eine auffallende Dichte an medizinischer und (molekular-) biologischer Forschung an den Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen in der gesamten Untersuchungsregion von Heidelberg über Strasbourg, Freiburg bis nach Basel.

Abbildung 6: Forschungsintensitäten

Diese Darstellung der Forschungslandschaft des Oberrheingebietes bildet den Stand zu Beginn der 90er Jahre ab. Welche Bedeutung beispielsweise die geplanten Gründungen von weiteren ingenieurwissenschaftlichen und technischen Fakultäten an den Universitäten Freiburg und Mannheim für die zukünftige Ausrichtung der öffentlichen Forschung auf die privaten Forschungsaktivitäten in den Unternehmen haben werden, läßt sich an dieser Stelle nicht beurteilen. Für die Einschätzung der Perspektiven des Untersuchungsgebietes und seiner Teilregionen ist dies aber sicher von Bedeutung.

Mit seinen chemischen, medizinischen und molekularbiologischen Forschungsinstitutionen, die von Ludwigshafen über Heidelberg, Karlsruhe, Strasbourg, Freiburg bis nach Basel reichen, verfügt die Oberrhein-Region als Ganzes über ein Forschungscluster im Bereich der Bio-, Gen-, Pharma- und Medizintechnik, das sicherlich zu den führenden Europas gehört. Diese Überlegungen rechtfertigen nach unserer Einschätzung die These, daß das Untersuchungsgebiet als ganzes sich im europäischen Kontext als Kompetenzzentrum der bio- und gentechnologischen

forschung entwickeln könnte. Um die Erfolgchancen hierfür zu erhöhen,

- sollte die Kleinräumigkeit des derzeitigen forschungspolitischen Regionalisierungskonzepts überdacht werden. Dabei sollte auch über eine Zusammenführung der derzeitigen zwei Bio-Regios im Untersuchungsgebiet nachgedacht werden;
- sollten die administrativen, legalen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen so angepaßt werden, daß das Untersuchungsgebiet auch bei diesen Standortbedingungen die Konkurrenz mit anderen internationalen Bio-Regionen, namentlich in den USA und im Großbritannien, nicht scheuen braucht. Dieser Aspekt ist vor allem vor dem Hintergrund der international agierenden Chemieunternehmen von hoher Bedeutung. Verglichen mit den genannten Regionen stellen die Genehmigungsverfahren, die hohen Steuerbelastungen etc. in allen drei nationalen Teilräumen derzeit eher Nachteile als Vorteile für die Region im internationalen Vergleich dar;
- muß der Know-How-Transfer von den öffentlichen Forschungsinstitutionen in die private Wirtschaft unterstützt werden, beispielsweise indem es jungen Wissenschaftlern erleichtert wird, sich aus den Forschungseinrichtungen heraus selbständig zu machen oder durch einen erleichterten Personaltransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen;
- sollte auch bei dieser Vision die Untersuchungsregion als grenzüberschreitender, europäischer Raum im Auge behalten werden, indem verstärkt Forschungs Kooperationen und -verbände im Untersuchungsgebiet angeregt werden. Konkret heißt dies, daß
- die EUCOR und die daraus entstandenen Studiengänge auf das gesamte Untersuchungsgebiet, namentlich auf die Forschungseinrichtungen in Heidelberg, ausgeweitet werden.

Eine ausschließliche Konzentration der Forschungs- und Technologiepolitik auf die Bio- und Gentechnologie wäre jedoch zu kurz gegriffen, vor allem da im Untersuchungsgebiet, beispielsweise in der Elektrotechnik (incl. Elektronik und Informatik), auch andere Technologien und Wirtschaftsbereiche mit Wachstumspotentialen in mindestens zwei der drei nationalen Teilräume von Bedeutung sind. Deshalb kommt es innerhalb der Untersuchungsregion auf eine insgesamt stärker vernetzte Forschungspolitik an, bei der

- der Technologietransfer von öffentlichen FuE-Ergebnissen zu kleinen und mittleren Unternehmen eine zentrale Rolle zukommt. Die Transferinstitutionen sollten dabei vor allem auf grenzüberschreitende Möglichkeiten der FuE-Kooperationen aufmerksam machen. Als erster Schritt sollte das Handbuch für FuE des Oberrheingrabens auf die gesamte Untersuchungsregion ausgeweitet werden und könnte übersichtlicher gestaltet werden. Darüber hinaus wären Initiativen zur Vernetzung der derzeitigen nationalen und regionalen Transfereinrichtungen sinnvoll, um ein Bewußtsein für diesen grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum zu schaffen;
- Innovationspolitik zunehmend in ihrer Komplementarität zur Bildungspolitik erkannt wird. Gut ausgebildete Wissenschaftler und Hochschulabsolventen bilden die zentrale Voraussetzung für erfolgreiche FuE-Aktivitäten, für Forschungsk Kooperationen und für eine regionale Vernetzung öffentlicher und privater Forschungsaktivitäten und -einrichtungen;
- aufgrund der zunehmenden Tertiärisierung insbesondere im deutschen Teilraum auch die Dienstleister in die Forschungspolitik, vor allem in der einzelbetrieblichen Förderung, eingebunden werden;
- auch ausländische Direktinvestitionen als eine Möglichkeit gesehen werden, internationales Forschungs-know-how in der Region zu etablieren. Aufgrund der relativ günstigeren Standortbedingungen bietet sich das Elsaß hier insbesondere an. Aus unseren Untersuchungen drängt sich allerdings der Eindruck auf, daß das Elsaß derzeit eher als Standort für sogenannte "verlängerte Werkbänke" der Industrie genutzt wird. Würde sich das Elsaß jedoch als kostengünstiger Standort in der Nähe zu erfolgreichen öffentlichen (deutschen) Forschungsinstitutionen im Rahmen eines Oberrhein-Standortmarketings darstellen, böten sich auch hier Chancen, das Forschungspotential der Region durch ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen.
- Schließlich muß bei einer intensiven Vernetzung der Forschungsaktivitäten auch immer die Sprachbarriere zwischen den deutsch- und französischsprachigen Teilräumen berücksichtigt werden. Für weite Teile der Wissenschaft und Forschung ist Englisch heute die führende Sprache. Dennoch ist die Fähigkeit, die Sprache des jeweiligen Nachbarlandes zu sprechen, für die verstärkte Kooperation und Vernetzung der Forschungslandschaft der Untersuchungsregion eine wichtige Voraussetzung, der sich die Bildungspolitik stellen muß.

6.7 Wachstum und Produktivität

Gemessen am Indikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung hat sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Oberrheingrabens von 1990 bis 1995 um durchschnittlich ein halbes Prozent pro Jahr verbessert. Zustande gekommen ist diese Leistungssteigerung durch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukt um jährlich 1,4 Prozent bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Bevölkerungszahl im Oberrheingraben um durchschnittlich 0,9 Prozent pro Jahr.

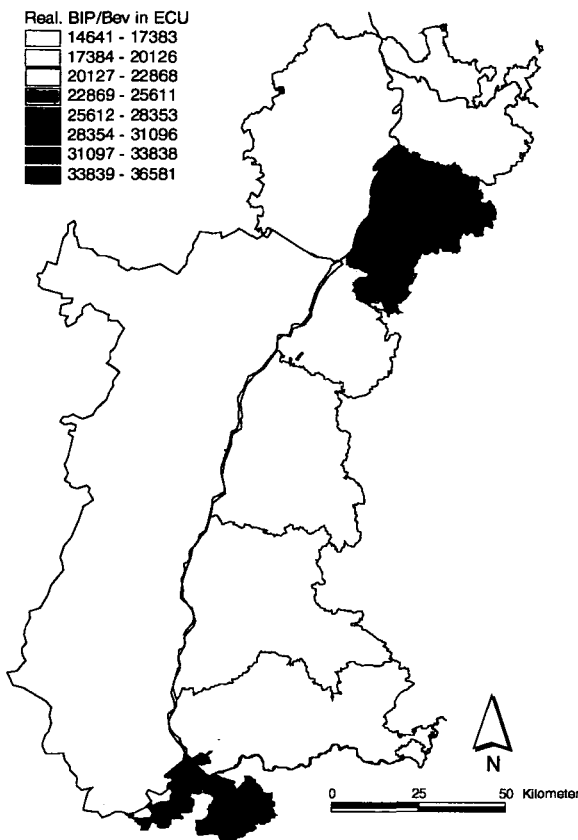
Das Untersuchungsgebiet weist im internationalen Regionenvergleich sowohl in Bezug auf das Niveau als auch auf die Dynamik der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eine mittlere, durchschnittliche Position auf. Im Vergleich mit Vorarlberg und Rhône-Alpes nimmt sich das Niveau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Jahre 1995 vorteilhaft aus und die relative Position konnte über die erste Hälfte der 90er Jahre weitgehend gehalten werden. Gegen-

über der Lombardei weist der Oberrheingraben hingegen ein Defizit in Bezug auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf, das sich in den 90er Jahren noch erhöht hat. Von den drei herangezogenen und von der Struktur nicht unähnlichen Regionen, war lediglich die Dynamik in Rhône-Alpes schwächer als im Oberrheingraben entwickelt.

Auf der Ebene der nationalen Teilräume erzielte das Elsaß den stärksten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung sowohl im Vergleich mit seinem Mutterland als auch gegenüber dem gesamten Untersuchungsgebiet und gegenüber praktisch allen Teilregionen innerhalb des Oberrheingrabens. Mit 1,4 Prozent pro Jahr war das durchschnittliche jährliche Wachstum (pro Kopf) fast dreimal so hoch wie im gesamten Oberrheingraben. Dennoch liegt das Niveau der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Elsaß auch 1995 lediglich auf einem unterdurchschnittlichen Wert. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Elsaß entstammt sowohl einer Erhöhung der Wertschöpfung pro geleisteter Arbeitsstunde als auch einer gleichzeitigen Ausdehnung des gesamten, zeitlichen Arbeitseinsatzes. Das Elsaß hat gerade im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Jahren stark aufgeholt. Offensichtlich ist es ein idealer Standort für die Produktion von Gütern, welche auf der Wertschöpfungskala in einer mittleren Position einzuordnen sind. Interessant an der Elsässer Entwicklung ist die Tatsache, daß das Département Haut-Rhin seit 1985 ein Werteschöpfungswachstum erzielen konnte, das deutlich über den Werten des Bas-Rhin lag.

Auch der deutsche Teilraum konnte in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine leichte Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erzielen, mit 0,3 Prozent p.a. lag diese aber unter dem Oberrheingraben-Durchschnitt. Dabei stieg die gesamte Bruttowertschöpfung im deutschen Teilraum zwar um 1,2 Prozent, aufgrund des Bevölkerungswachstums stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf jedoch nur um 0,3 Prozent. Der Tertiäre Sektor ist dabei die

Abbildung 7: Reales Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung 1995



Stütze der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gewesen, während das Verarbeitende Gewerbe von der Konjunkturschwäche im Untersuchungszeitraum relativ stark betroffen war. Karlsruhe hat innerhalb des deutschen Untersuchungsgebietes eine Sonderstellung aufgrund des enormen Wachstums über den gesamten Untersuchungszeitraum und weil es seine Stärke vor allem aus der Industrie schöpft, namentlich der Elektrotechnik und der chemischen Industrie. Das Gegenstück zu Karlsruhe bildet Lörrach, dessen Wirtschaftskraft im Niveau sehr schwach ausfällt, und dessen Entwicklung in den letzten Jahren gar noch deutlich schwächer war als in den übrigen Teilregionen. Zu den Verlierern der 90er Jahre gehören auch Ludwigshafen/Landau und Offenburg, deren Wirtschaftskraft im Niveau noch genügen mag, deren relative Position innerhalb des Untersuchungsgebietes seit 1990 aber deutlich schwächer wurde.

Die Schweiz und der schweizerische Teilraum weisen nach wie vor das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung auf. Allerdings hat die Schweiz und auch der schweizerische Teilraum in den 90er Jahren einen Teil

ihrer relativen Wirtschaftskraft sowohl gegenüber dem Oberrheingraben insgesamt, den beiden anderen Mutterländern, als auch gegenüber den beiden anderen nationalen Teilräumen verloren. Deutlich abweichend von dem elsässischen und dem deutschen Teilraum sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im schweizerischen Teilraum um 0,2 Prozent. Die schweizerische Teilregion muß somit zu den Verlierern innerhalb des Oberrheingrabens während der ersten Hälfte der 90er Jahre gerechnet werden. Und auch wenn die Jahre 1985 bis 1990 berücksichtigt werden, ändert sich am relativen Verlust an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des schweizerischen Teilraums nichts. Das Verarbeitende Gewerbe der Nordwestschweiz lebt zu einem großen Teil von der international führenden chemisch-pharmazeutischen Industrie, um diese herum sich ein Netz von sehr spezialisierten Unternehmen aus anderen Industriezweigen angesiedelt. Es zeichnet sich durch einen deutlich fortgeschrittenen Stand der Fokussierung auf wertschöpfungsintensive Zweige aus. Ein anderes Bild zeigt sich im Tertiären Sektor. Die Schweiz und auch der schweizerische Teilraum haben in diesem Wirtschaftsbereich innerhalb des Oberrheingrabens enorme Anpassungsprobleme. Die Vermutung liegt nahe, daß das Abseitsstehen der Schweiz im europäischen Integrationsprozeß dem Tertiären Sektor zu einem Schutz vor der Konkurrenz verholfen hat, welcher sich in der längeren Frist nicht auszahlen wird.

Auf der Ebene der Teilregionen des Oberrheingebietes zeigt sich eine erstaunliche Kombination der Komponenten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: So weisen (mit je einer Ausnahme) jene Regionen, welche ein überdurchschnittliches (immer im Vergleich zum Oberrheingraben) Wachstum des Bruttoinlandsprodukt erzielt haben, ein unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum auf und umgekehrt. Eine der Ausnahmen ist Freiburg, dessen Bevölkerung etwas stärker zunahm als im Durchschnitt des Oberrheingrabens. Eine andere Ausnahme bildet Rastatt, dessen wirtschaftliche Leistungsfähigkeit trotz eines durchschnittlichen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts aufgrund des starken Bevölkerungsanstiegs insgesamt nur unterdurchschnittlich ausfiel. Die gesamten Ergebnisse des Standes und der Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der betrachteten Regionen können folgendermaßen veranschaulicht werden:

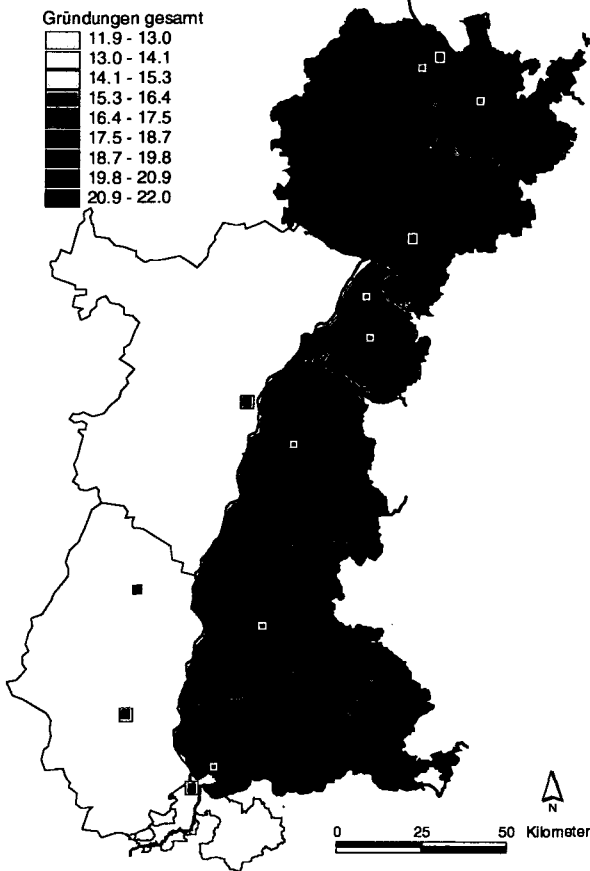
Tabelle 2: Niveau und Entwicklung der Bruttoinlandsprodukte pro Kopf der Bevölkerung von 1990 bis 1995

Niveau ↓ / Dynamik →	Überdurchschnittlich	Durchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Überdurchschnittlich	Karlsruhe		Schweizerischer Teilraum
Durchschnittlich	Lombardei	Deutscher Teilraum OBERRHEINGRABEN Rastatt Mannheim/Heidelberg	Ludwigshafen/Landau Offenburg
Unterdurchschnittlich	Elsaß Oberelsaß Unterelsaß Freiburg	Vorarlberg	Lörrach

6.8 Unternehmensgründungen

Unternehmensneugründungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbssituation, zum Vorantreiben des Strukturwandels und zur Beschäftigungsentwicklung einer Region. Das Gründungsgeschehen stellt somit einen wichtigen Indikator zur Einschätzung des Wirtschaftsstandorts Oberrheingraben dar. In allen Branchen liegen die Gründungsintensitäten der nationalen Teilräume des Oberrheingrabens jedoch unter denen der jeweiligen Staaten, so daß der Oberrheingraben als relativ gründungsschwache Region bezeichnet werden kann. Sowohl die Niveaus der Gründungsintensitäten als auch die Zeitpfade des Gründungsgeschehens in den einzelnen Branchen lassen eine starke Orientierung an dem Geschehen in den jeweiligen Staaten erkennen.

Abbildung 8: Gründungen pro 1.000 Erwerbstätige nach Regionen (1993-1994)



Quelle: Gründungspanel-West, Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Schweiz. Verband Creditreform, INSEE

In den Wirtschaftszweigen Verarbeiten des Gewerbe, Bau und Handel entspricht die Rangfolge der nationalen Teilräume des Oberrheingrabens hinsichtlich der Gründungsintensitäten (Zahl der Gründungen im jeweiligen Sektor pro 1.000 Erwerbstätige) der Rangfolge der zugehörigen Staaten. Bei den Dienstleistungen ist das nicht der Fall, hier herrscht im Elsaß eine ausgeprägte Gründungsschwäche. Da die Dienstleistungen den mit Abstand höchsten Anteil an den Gründungen stellen, schlägt sich diese Schwäche des Elsaß auch auf die Intensitäten hinsichtlich allen Gründungen durch.

Die Gründungen im Verarbeitenden Gewerbe finden mit höherer Intensität in den Regionen mit relativ geringer Bevölkerungsdichte statt, vor allem im Elsaß. Es ist zu vermuten, daß hier der Flächenbedarf produzierender Unternehmen eine wichtige Rolle spielt.

Im deutschen Teilraum konzentrieren sich die Gründungen im Hochtechnologiebereich insgesamt gesehen in den Regionen um Karlsruhe. Das auf Hochtechnologie ausgerichtete Image und die Führungsvorteile zur Technischen Universität scheinen hier einen deutlichen Standortvorteil zu erzeugen.

Im Untersuchungsgebiet ist das Niveau der Unternehmensneugründungen insgesamt niedrig. Aus diesem Grunde sollte regional orientierte Wirtschaftspolitik für diesen Raum ganz grundsätzlich eine Erhöhung der Gründungsdynamik zum Ziel haben. Die Eintrittsbarrieren und Marktzutrittsschranken für Existenzgründer müssen nachhaltig gesenkt werden. In diesem Bereich ist beispielsweise zu denken an:

- Eine wirksame Deregulierung im Zulassungsbereich für neue Unternehmen, der auch und gerade den Handwerksbereich einschließt. Wichtig ist hierbei, daß für Gründer aus den jeweils anderen beiden Staaten keine besonderen Hürden bestehen.
- Gemeinsame grenzüberschreitende Gründertage oder -messen können das Thema „Existenzgründung“ ins Bewußtsein rufen, über die Möglichkeiten in allen Teilräumen des Oberrheingrabens informieren und mit Best-Practice-Beispielen auch grenzüberschreitende Gründungen stimulieren.
- Die Ausbildung an beruflichen Schulen und Universitäten im Untersuchungsgebiet sollte generell auf die Möglichkeit der Selbständigkeit hin ausgerichtet werden. Grundkenntnisse in Betriebswirtschaft und Unternehmensführung sollten auch in technischen und handwerklichen Bereichen regelmäßig vermittelt werden.
- Genehmigungsverfahren für neue Firmen sollten deutlich vereinfacht werden.

Bei der auf die Stimulierung von Gründungen ausgerichteten Politik sollte die von den Verfassern dieser Untersuchung identifizierte funktional orientierte "Arbeitsteilung" im Oberrheingraben in Betracht gezogen werden. Die an bestimmten Entwicklungszielen oder am Ausgleich von regionalen Defiziten orientierte Gründungspolitik sollte die regionalen komparativen Vorteile berücksichtigen und versuchen, diese zu nutzen. Eine Gründungspolitik, die versucht, gegen die "Markttrends" zu arbeiten, hat nur wenig Aussicht auf Erfolg. Die Orientierung der industriellen Gründungen weg von den dichtbesiedelten Ballungsräumen, die relativ geringe Neigung von Dienstleistern im Elsaß zu gründen, sind Gegebenheiten, die von Seiten der Politik nicht umgekehrt werden können. Die Politik sollte vielmehr den marktmäßig zu beobachtenden Strukturwandel fördern und beschleunigen. Die sektortypischen Bedingungen und Entwicklungsmuster der jeweiligen Regionen sollten unterstützt werden. Eventuell vorhandene Vorteile von bestimmten Regionen für Gründer bestimmter Branchen sollten auch über die jeweiligen Regionsgrenzen hinaus publik gemacht werden und in ein am gesamten Untersuchungsgebiet orientiertes Standort- und Ansiedlungsmarketing eingebunden sein.

Die umfassende Information der an einer Gründung Interessierten über alle im Zusammenhang mit einer Gründungsentscheidung wichtigen Belange (durch nationale Gesetzgebungen bedingte Zulassungsunterschiede, unterschiedliche regionale Voraussetzungen, branchen- und regionendifferenzierte Finanzierungs- und Förderbedingungen, unterschiedliche formale Voraussetzungen für Gründer etc.) ist besonders wichtig. Hier sollte nicht kurzfristig lokales Interesse die Informationspolitik bestimmen, sondern ein darüber hinausgehendes Gesamtinteresse. Da eine derartige Suche nach dem für ein spezifisches Gründungsvorhaben günstigsten Standort von den kommunalen Wirtschaftsförderern aus partikulären Interessen nicht erwartet werden kann, liegt hierin eine wichtige Aufgabe der übergeordneten Wirtschaftspolitik.

Die Gründungen aus dem Bereich der Spitzentechnologie konzentrieren sich sehr stark in den Regionen um Karlsruhe. Neben dem "Technologieimage" der Region scheinen auch die Führungsvorteile zu den Technischen Forschungsinstitutionen und der Universität wichtige Impulse für den Spitzentechnologie-Sektor zu geben. Die räumliche Nähe zu solchen Institutionen ist für die politischen Instanzen der anderen Teilregionen des Untersuchungsgebietes natürlich kurz- oder mittelfristig nicht beeinflussbar. In den anderen Teilregionen können aber unter Moderation der Politik Netzwerke geknüpft und Kontakte entwickelt werden, die auch weiter entfernte technische Forschungsinstitutionen einbeziehen, und es so den kleinen und mittleren Unternehmen dieser Regionen erlauben, auch auf größere räumliche Distanz am entsprechenden Technologietransfer zu partizipieren. Eine zumindest teilweise Kompensation der Ferne zu solchen technischen Forschungsstätten kann so gelingen.